



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T

Informationszentrum Asyl und Migration

Umsturz und Unruhen in der arabischen Welt

Aktuelle Lage und Entwicklung in den
Ländern Ägypten, Algerien, Libyen,
Marokko, Syrien, Tunesien

Januar 2012

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Copyright reserved

Any kind of use of this edition not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office (Bundesamt) especially as far as reproduction, adaptation, translating, microfilming, or preparing and storing in electronic retrieval systems is concerned. Reprinting of extracts of this edition as well as reproductions for internal use is allowed only upon prior approval by the Bundesamt and when citing sources.

Abstract

Seit der Jahreswende 2010/2011 befindet sich die arabische Welt in einer Phase des Umbruchs. Im Laufe des Jahres 2011 kam es in nahezu allen nordafrikanischen/arabischen Staaten zu Protesten oder gar Massendemonstrationen, die sich insbesondere gegen die autoritär geführten Regime sowie die politischen und sozialen Strukturen richteten und auch heute noch in unterschiedlichem Maße andauern. Die Reaktionen der Regime sowie die eingeleiteten Reformprozesse differieren erheblich. Der Prozess ist noch nicht beendet und die Machthabenden müssen sich komplexen Herausforderungen stellen. Dieser Blickpunkt gibt einen Überblick über die aktuelle Situation und die Entwicklung in den Staaten Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien. Darüber hinaus beinhaltet er statistische Angaben zum Asylverfahren.

Abstract

Since the end of 2010 the Arab–World is on the move/in transition. In almost each North African/Arab countries protests and mass-demonstrations against political and social structures, above all against the oppressive regimes occurred during 2011 and still continue. The reactions of the regimes differ from each other and the processes of transition are not on a par. The process continues and the power holders face difficult challenges. This presentation gives you an overview of the recent situation and development in Egypt, Algeria, Libya, Morocco, the Syrian Arab Republic and Tunisia. Furthermore it includes statistics to asylum procedures.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Ägypten	4
2.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	4
2.2. Statistiken.....	6
3. Algerien.....	9
3.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	9
3.2. Statistiken.....	11
4. Libyen.....	15
4.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	15
4.2. Statistiken.....	21
5. Marokko	24
5.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	24
5.2. Statistiken.....	27
6. Syrien	30
6.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	30
6.2. Statistiken.....	36
7. Tunesien	40
7.1. Allgemeine Lage und Entwicklung	40
7.2. Statistiken.....	43

1. Einleitung

Ende 2010 begann eine in den Medien als „arabischer Frühling“ bezeichnete Serie von Demonstrationen und Revolutionen in nahezu allen nordafrikanischen/arabischen Staaten, die sich gegen die autoritär geführten Regime sowie die politischen und sozialen Strukturen richteten. Ausgehend von Unruhen in Tunesien, die sich ab Ende Dezember infolge der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17.12.2010 in den Zentren des Landes ausbreiteten, griffen diese ähnlich einem Dominoeffekt auf etliche Staaten der arabischen Welt über, differierten jedoch in Verlauf und Intensität. Auch die Reaktionen der Machthabenden auf die Proteste waren unterschiedlich. Sie reichten von vorsichtigen Zugeständnissen bis hin zu gewaltsamen Repressionen oder Flucht aus dem Land.¹

Die Proteste führten innerhalb weniger Monate dazu, dass die autokratischen Herrscher Tunesiens, Ägyptens und Libyens gestürzt, in unterschiedlichem Maße politische und soziale Reformen eingeleitet, neue Parteien und unabhängige Medien gegründet sowie Wahlen durchgeführt wurden. Dadurch konnten sich die Demonstranten zumindest partiell mit ihren Forderungen durchsetzen. Es gab aber auch Versuche der Regierenden ihre Macht zu erhalten, indem sie Demonstrationen gewaltsam unterdrückten, die Meinungsfreiheit einschränkten oder minimale Reformen bzw. Geldgeschenke anboten.

Ein Jahr nach Beginn der Unruhen Bilanz ziehen zu wollen ist schwierig. Zu verschieden sind die Entwicklungen in den einzelnen Staaten und an wirklicher Stabilität fehlt es weitgehend. Viele der anfänglichen Hoffnungen auf mehr Freiheit, Demokratie und soziale Teilhabe blieben größtenteils unerfüllt. In einigen Staaten halten Demonstrationen, Aufstände, Gewalt und Unterdrückung nach wie vor an.

Einem Bericht von Amnesty International vom 09.01.2012² zufolge seien in Ägypten durch die gewaltsame Unterdrückung von Protesten allein zwischen Oktober und Dezember vergangenen Jahres mindestens 84 Menschen zu Tode gekommen und 6.000 verletzt worden. In ägyptischen Gefängnissen werde weiter gefoltert und es seien mehr Menschen vor Militärgerichte gestellt worden als während der gesamten 30-jährigen Herrschaft Mubaraks.

¹ vgl. Rosiny Stephan: Ein Jahr „Arabischer Frühling: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, in: GIGA Focus Nr. 12 2011, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?de=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1112.pdf, abgerufen am 18.01.2012

² vgl. Amnesty International: MIDDLE EAST AND NORTH AFRICA: PROTEST AND REPRESSION SET TO CONTINUE IN 2012, <http://www.amnesty.org/zh-hant/node/29011>, abgerufen am 18.01.2012; Amnesty International: Year of Rebellion: State of Human Rights in the Middle East and North Africa

Auch die Willkür der Justiz bleibt ein Problem. So wurden z. B. in Libyen im November mindestens 7.000 Häftlinge in provisorischen Gefangenenlagern festgehalten – ohne Anklage und ohne Aussicht auf einen fairen Prozess. In Libyen erscheine der Nationale Übergangsrat laut Amnesty International kaum in der Lage, die bewaffneten Rebellen zu kontrollieren und zu verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen des alten Regimes nahtlos fortgesetzt werden.³ Der Ärger der Bevölkerung über den herrschenden Übergangsrat wächst. Eine immer größere Zahl der Menschen fühlt sich von den Beschlüssen der neuen Machthaber übergangen.

In Syrien geschehen derzeit schwerwiegende und ganz offenbar systematisch begangene Menschenrechtsverletzungen. Im Zuge der Proteste sollen bis Mitte Dezember 2011 mehr als 3.800 Menschen, meist Zivilisten, ums Leben gekommen sein, darunter auch 200 Kinder.⁴ Die UNO ging zu diesem Zeitpunkt bereits von mehr als 5.000 Todesopfern und mehr als 14.000 Festnahmen aus, mittlerweile spricht sie von 5.400 Toten.⁵ Etwa 200 Personen, darunter ebenfalls Kinder, sollen in Gefängnissen gestorben sein.

In Marokko dagegen verliefen die Proteste weitgehend friedlich und überschaubar. Der König bleibt trotz des Reformprozesses weiterhin stärkster Mann im Staat. Auch Präsident Bouteflika scheint nach Zugeständnissen an die Demonstranten die Proteste vorerst überstanden zu haben. In Tunesien haben nach zahlreichen demokratischen Reformen einer Übergangsregierung die ersten freien Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung am 23.10.2011 stattgefunden, aus denen die islamisch-konservative „Ennahdha“- Partei als stärkste Kraft hervorgegangen ist. Bei den ersten freien Wahlen in Ägypten erhielten die „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ der Muslimbruderschaft und die salafistische „Partei des Lichts“ mehr als 70% der Stimmen.

Neben positiven Entwicklungen machen anhaltende Repressionen in Staaten wie Ägypten oder Syrien dennoch deutlich, dass das alte politische Establishment trotz Änderungen weiter Widerstand gegen tiefgreifende Reformen leistet. Dass sich in Kairo nunmehr offenbar das Militär und die bei den Parlamentswahlen erfolgreichen islamistischen Parteien verbünden, zeigt, wie die Entwicklung an den einstigen Initiatoren des Umbruchs vorbeigeht. Das Erstarren der islamistischen Kräfte in Ägypten, Tunesien und auch Libyen lässt die Frage aufkommen, ob die Demokratiebewegungen einen säkularen Islam mit sich bringen könnten und wie grundlegend und nachhaltig die Veränderungen letztendlich sein werden. Seitens der Bürger fehlt es oft noch an Erfahrung mit demokrati-

3 ebenda

4 vgl. Amnesty International: Year of Rebellion: State of Human Rights in the Middle East and North Africa

5 vgl. Spiegel Online vom 12.12.2011: Uno rechnet mit 5000 Todesopfern in Syrien, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-803320,00.html>, abgerufen am 19.01.2012; NZZ Online vom 22.01.2012: Kämpfe in Vorort von Damaskus, <http://.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien-duma-1.14457825.html>, abgerufen am 23.01.2012

schen Strukturen und an Vertrauen in die neuen Politiker, zudem belasten wirtschaftliche Probleme den Reformprozess. Eine verlässliche Prognose ist daher derzeit nicht möglich.

Dieser Blickpunkt gibt einen Überblick über die aktuelle Situation und die Entwicklung in den Staaten Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien seit Beginn der Unruhen im Dezember 2010 und beinhaltet statistische Angaben zu Asylantragszahlen, Aufhältigen sowie Ausführungen zum Alters-, Bildungs- und Berufsprofil der Antragsteller. Bezüglich weiterer Informationen, insbesondere Grunddaten und politische Hintergründe, wird auf den Blickpunkt des Bundesamtes „Umsturz und Unruhen in der arabischen Welt“ vom 21. März 2011 verwiesen.

2. Ägypten

2.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Die allgemeine Situation in Ägypten ist seit dem politischen Umsturz im Februar 2011 in Bewegung. Eine Prognose für die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann derzeit nicht gestellt werden. Dies ist frühestens nach einer Regierungsbildung im ersten Halbjahr 2012 möglich.⁶

Ägypten steht seit 1952 unter Militärherrschaft. Der Sturz des Mubarak-Regimes hat daran bisher grundsätzlich nichts geändert. Der regierende Oberste Militärrat hat zugesagt, nach Abschluss der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die Macht an eine zivile Regierung abzugeben. Die Stellungnahmen des Militärrats in der laufenden Verfassungsdiskussion lassen jedoch darauf schließen, dass sich das Militär umfangreiche politische Mitspracherechte sichern will.⁷

Unruhen und Plünderungen haben zu wirtschaftlichen Einbrüchen geführt. Insbesondere sind die fehlenden Einnahmen aus dem Tourismus spürbar. Gleichzeitig wurde auf Streiks und soziale Unruhen mit Lohnerhöhungen und zahlreichen Subventionen, insbesondere im sozialen Bereich, reagiert, die das Haushaltsdefizit erheblich belasten. Die staatlichen Devisenreserven sind aufgebraucht und bis Mitte des Jahres wird ein Budgetdefizit von 17 Milliarden Euro erwartet. Die Finanzierung des Staatshaushalts sowie der Subventionen im sozialen Bereich stützt sich auf Kredite von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der europäischen Bank für Wiederaufbau und auf Zuschüsse und Kredite aus arabischen Ölstaaten.⁸

Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes hat der Militärrat die Revolution für beendet erklärt. Massenkundgebungen und Streiks werden seither vom Militär mit zunehmender Gewalt unterbunden. Durch Militär- und Polizeieinsätze gegen Demonstrationsteilnehmer sind bereits mehrere hundert

⁶ vgl. FAZ.NET vom 27.09.2011: Ägypten. Militärisch organisierte Unsicherheit, <http://www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/aegypten-militaerisch-organisierte-unsicherheit-11371842.html>, abgerufen am 28.09.2011

⁷ vgl. Sam Tadros: The Story of the Egyptian Revolution. In American Thinker vom 02.02.2011, http://www.americanthinker.com/2011/02/the_story_of_the_egyptian_revo.html, abgerufen am 06.02.2011; Spiegel Online vom 12.02.2011: Ägyptens Armee: die unheimliche Macht am Nil, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,745186;00.html>, abgerufen am 13.02.2011

⁸ vgl. Juliane Brach: Ägypten in der Reformkrise: Politischer Umbruch ohne wirtschaftliches Konzept. In GIGA Focus Nahost 10/2011; RIA NOVOSTI vom 15.06.2011: Ägypten erhält Milliardenkredit von Islamischer Entwicklungsbank, <http://de.rian.ru/politics/20110615/259457965.html>, abgerufen am 25.01.2012; Zeit Online Wirtschaft vom 25.05.2011: Förderbanken unterstützen Ägypten und Tunesien mit Milliarden Dollar, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-05/arabische-laender-finanzhilfen>, abgerufen am 22.06.2011

Menschen ums Leben gekommen. Menschenrechtsaktivisten werfen dem Militär willkürliche Verhaftungen, Folter und rechtswidrige Verfahren gegen politische Aktivisten und Demonstrationsteilnehmer vor Militärgerichten vor.⁹

Obwohl die Demokratiebewegung nicht islamisch motiviert war, hat der politische Umsturz zu einem Erstarren islamistischer Gruppierungen geführt. Die in der Mubarak-Ära verbotene aber geduldete Muslimbruderschaft ist die am besten organisierte politisch-soziale Bewegung und die eine fundamentalistische Islam-Auslegung vertretenden Salafisten treten offen und zunehmend auch gewalttätig mit politischen und gesellschaftlichen Forderungen in Erscheinung.¹⁰ Bereits seit den 1990er Jahren hat religiös motivierte Gewalt gegen die christlichen Kopten zugenommen. Seit dem politischen Umsturz ist eine weitere Steigerung zu beobachten. Insbesondere radikale Salafisten organisieren Überfälle auf koptische Einrichtungen, Kirchen, Geschäfte, Wohnungen und Personen. Militär, Behörden, Polizei und Provinzgouverneure treten dieser Gewalt nicht spürbar entgegen.¹¹

Nach Abschluss der in drei Etappen abgewickelten Parlamentswahlen erreichte nach dem amtlichen Endergebnis die „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ der Muslimbruderschaft 47 Prozent und verfehlte damit knapp die absolute Mehrheit. Die „Partei des Lichts“ der Salafisten erreichte 24 Prozent. An dritter Stelle kam die liberale Wafd-Partei mit acht Prozent. Noch weiter zurück blieben die säkularen Kandidaten der Protestbewegung, die die Revolution vor einem Jahr in Gang gebracht hatten. Sie kamen auf 3,4% der Stimmen incl. zweier Direktmandate in den Metropolen Kairo und Alexandria.¹² Die konstituierende Sitzung der Volkskammer fand am 23.01.2012 statt, fast genau ein Jahr nach Beginn des Aufstands gegen das Mubarak-Regime am 25.01.2011. Das Parlament und die noch zu bildende Verfassungskommission haben nun die Aufgabe, eine demokratische Republik

⁹ vgl. Amnesty International Publications 2011: Broken Promises: Egypt's Military Rulers Erode Human Rights; <http://www.amnesty.org/sites/impact.amnesty.org/files/2011%20-%2011%20-%20Broken%20Promises%20%28English%29.pdf>, abgerufen am 24.11.2011

¹⁰ vgl. Michael A. Lange: Ägyptens Muslimbrüder – auf dem Weg zur politischen Macht? In Konrad Adenauer Stiftung, Publikation vom 25.02.2011, <http://www.kas.de/wf/de/33.22023/>, abgerufen am 02.03.2011; Andreas Jacobs, Heidi Rechinnek: Die Rückkehr der Salafisten in Ägypten. In Konrad Adenauer Stiftung; Länderbericht, <http://www.kas.de/aegypten/de/publications/22726/>, abgerufen am 01.06.2011; Gesellschaft für bedrohte Völker vom 08.05.2011: Terror radikaler Salafisten gegen Christen nimmt weiter zu – Ägyptens Behörden reagieren hilflos, <http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=2694>, abgerufen am 11.05.2011

¹¹ vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Informationszentrum Asyl und Migration: Ägypten - Situation der Kopten, Oktober 2011

¹² vgl. RP Online vom 23.01.2012: Islamische Parteien in Ägypten bei 71 Prozent, <http://nachrichten.rp-online.de/politik/islamische-parteien-in-aegypten-bei-71-prozent-1.2682787>, abgerufen am 23.01.2012; Welt Online vom 23.01.2012: Parlament der Bärte – jetzt regieren die Islamisten, <http://www.welt.de/politik/ausland/article13829880/Parlament-der-Baerte-jetzt-regieren-die-Islamisten.html>, abgerufen am 24.01.2012

zu etablieren, nachdem die 1952 aus dem Militärputsch gegen die Monarchie hervorgegangene autoritäre Republik gescheitert ist.¹³

2.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit ägyptischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ¹⁴	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
12.711	251	103	114	468	365

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylantragsteller

Ägypten zählt nicht zu den aufkommensstarken Ländern im Asylverfahren. Im Jahr 2010 wurden 141 Asylanträge gestellt, davon 118 Erst- und 23 Folgeanträge. Von Januar bis Ende Dezember 2011 wurden in Deutschland zum HKL Ägypten 177 Erst- und 18 Folgeanträge gestellt. Der Zuwachs bei Erstanträgen lag damit bei 50%. Von den insgesamt 177 Asylerstanträgen sind 141 von Männern und 36 von Frauen. Ende Dezember 2011 waren noch 150 Erst- und 15 Folgeanträge anhängig.¹⁵

Entscheidungen

Im Jahr 2011 wurde über 87 Asylanträge zu Ägypten entschieden, 6 Personen bzw. 6,9% erhielten eine Anerkennung als Asylberechtigte, 7 bzw. 8,0% Flüchtlingsschutz, keiner ein Abschiebungsverbot; die Gesamtschutzquote lag damit bei 14,9%. 43 Ablehnungen ergingen und 31 sonstige Verfahrenserledigungen.¹⁶

Reiseweg

Für das HKL Ägypten konnten keine Erkenntnisse gewonnen werden, da die Zahl der durch die Reisewegsbeauftragten befragten ägyptischen Asylbewerber zu gering war.¹⁷

¹³ vgl. NZZ Online vom 25.01.2012: Ein Jahr zwischen Revolution, Militärdiktatur und Demokratie, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/aegypten_auf_dem_weg_zur_zweiten_republik_1.14508670.html, abgerufen am 25.01.2012;

Focus Online vom 24.01.2012: Ägypten: Militärführer hebt Ausnahmezustand nach 30 Jahren auf, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aegypten-militaerchef-hebt-ausnahmezusand-nach-30-jahren-auf_aid_706453.html, abgerufen am 25.01.2012

¹⁴ Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreisepflicht voraus

¹⁵ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

¹⁶ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

¹⁷ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011
	Summe	Summe
bis unter 16 Jahre	21	35
von 16 bis unter 18 Jahre	18	8
von 18 bis unter 25 Jahre	21	38
von 25 bis unter 30 Jahre	24	39
von 30 bis unter 35 Jahre	18	26
von 35 bis unter 40 Jahre	7	16
von 40 bis unter 45 Jahre	2	9
von 45 bis unter 50 Jahre	2	5
von 50 bis unter 55 Jahre	1	-
von 55 bis unter 60 Jahre	1	-
von 60 bis unter 65 Jahre	3	1
Summe	118	177

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12,

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Im Auswertungszeitraum 2011 besuchten rund 56% der 134 Antragsteller Universität (44 Personen bzw. 32,8%), Fachhochschule (5 Personen bzw. 3,7%) oder Gymnasium (26 Personen bzw. 19,4%). 17,9% der ausgewerteten Personen verfügten über eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 19 Personen bzw. 14,2%, Analphabeten 5 Personen bzw. 3,7%).¹⁸

¹⁸ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Ägypten	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	20	14,9
	Hilfskraft, Privatangestellte/r	16	11,9
	ohne Arbeit	14	10,4
	Tätigkeit im Handwerk	10	7,5
	Dienstleistungsgewerbe	7	5,2
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7	5,2
	Groß- und Einzelhandel	6	4,5
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	6	4,5
	Lehrberufe	6	4,5
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	6	4,5
	Transport, Touristik und Verkehr	5	3,7
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	4	3,0
	Rechtswesen und Beratungswesen	4	3,0
	Baugewerbe, innen, Innenausbau, Renovierung	3	2,2
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	3	2,2
	Elektro- und Fernmeldewesen	2	1,5
	Ingenieurberufe, technische Fachkräfte	2	1,5
	Konstruktions- und Vermessungswesen, technischer Zeichner	2	1,5
	Wirtschaft, Finanzen, Banken	2	1,5
	Baugewerbe, außen, incl. Tief- und Straßenbau	1	0,7
	Führungskräfte, leitende Verwaltungsbedienstete, Unternehmer	1	0,7
	Informationswesen, Sprachbezogene Berufe	1	0,7
	Künstlerischer Beruf, Dekoration, Mode	1	0,7
	Medizinisch-, pharmazeutisch-, chemische Berufe, Labortätigkeit	1	0,7
	Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Hilfswerke	1	0,7
	Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	1	0,7
Pflege, Pädagogik und Gesundheitswesen	1	0,7	
Soldat/in, Söldner/in, Berufssportler	1	0,7	
Ägypten	134	100,0	

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Bisher ist aus Ägypten keine beachtliche Migrationswelle zu beobachten. Die Asylyugänge haben sich seit Beginn 2011 nicht signifikant verändert.

3. Algerien

3.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Nach Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes ließen die politischen Umwälzungen in Nordafrika seit Jahresbeginn 2011 auch Algerien nicht unberührt. Landesweit hätten Anfang Januar 2011 Zehntausende junger Algerier protestiert. Am 24.02.2011 habe Präsident Bouteflika den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand aufgehoben und im April politische Reformen in Aussicht gestellt: Revision der Verfassung und Neuordnung von Parteiengesetz, Wahlgesetz, Abgeordnetengesetz, Vereinsgesetz und Informationsgesetz. Parlamentswahlen sollen im Mai 2012 stattfinden.¹⁹ Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die angekündigten Gesetzesreformen umgesetzt werden. Eine Verfassungsreform solle mit einem Referendum nach diesen Wahlen durchgeführt werden.²⁰ Am 16.06.2011 hat das algerische Parlament den neuen Haushalt verabschiedet. Dieser sieht eine Reihe von Ausgaben zur Verbesserung der sozialen Lage vor.²¹ So sind Ausgaben zur Stützung beim Kauf von Verbrauchsgütern vorgesehen. Die Unterstützung von Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuersenkungen für Kleinunternehmen sind ebenfalls im Haushaltsplan enthalten. Damit soll nach Pressemeldungen neuen sozialen Unruhen vorgebeugt werden. Beobachter gehen davon aus, dass in Algerien keine tiefgreifenden Umwälzungen wie in Tunesien oder Ägypten zu erwarten sind. Trotz verbreiteter Korruption der Eliten, ungerechter Verteilung der Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasverkäufen, mangelnder Infrastruktur und nicht zuletzt hoher Arbeitslosigkeit gut ausgebildeter junger Menschen wirken die Traumatisierungen des Bürgerkriegs (1991 - 1997) nach.²² Diese Vergangenheit sei der Grund, warum die Menschen sich nicht landesweit massenhaft an Protesten beteiligten und beteiligen, wie dies in den Nachbarstaaten zum Teil der Fall war. Eine Rolle dürfte dabei der Umstand spielen, dass weiterhin islamistische Terroristen der Organisation al-Qaida im Maghreb (AQIM) sowie Abspaltungen dieser Gruppe im Lande aktiv sind. Hinzu kommt, dass viele der Demonstrationen im Jahre 2011 von einem meist die Zahl der Demonstranten weit übertreffenden Polizeiaufgebot stark beschränkt oder gar aufgelöst wurden.²³ Die Regierung fühlt sich dane-

¹⁹ vgl. AP auf Yahoo News vom 24.01.2012: Algeria approves 3 new Islamist parties, <http://news.yahoo.com/algeria-approves-3-islamist-parties-193509051.html>, abgerufen am 26.01.2012

²⁰ vgl. Auswärtiges Amt: Reise- und Sicherheitshinweise – Algerien, Innenpolitik, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Innenpolitik_node.html, abgerufen am 10.01.2012

²¹ vgl. AFP auf Yahoo News vom 15.06.2011: Algeria passes budget law as public anger grows, http://news.yahoo.com/s/afp/20110615/wl_africa_afp/algeriasocialeconomybudget_20110615170359, abgerufen am 20.06.2011

²² vgl. Lejeune, Martin: Junge Algerier planen keinen Aufstand. In: AG Friedensforschung, Beiträge zu Algerien, 17.11.2011, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Algerien/jugend2.html>, abgerufen am 10.01.2011; Quantara.de vom 31.01.2011: „Algerien ist ein durch und durch korruptes Land“ vgl. Interview mit Werner Ruf, <http://de.quantara.de/Algerien-ist-ein-durch-und-durch-korruptes-Land/450c418i1p18/index.html>, abgerufen am 10.01.2012

²³ vgl. Yahoo News vom 12.03.2011: Algeria protest blocked by police, http://news.yahoo.com/s/afp/20110312/wl_africa_afp/algeriapoliticsunrestpolice_20110312120312, abgerufen am 14.03.2011;

ben sicher genug, die Regierungspolitik im Pressebereich zu verschärfen. Am 13.12.2011 hat das algerische Parlament ein neues Mediengesetz erlassen.²⁴ Dieses stößt auf starke Kritik seitens der Journalisten und einiger Menschenrechtsorganisationen. Es enthält 12 Bereiche, die von der Berichterstattung vorsichtig behandelt werden müssen, darunter fallen Berichte, die beispielsweise Algeriens nationale Identität, Souveränität, Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen schaden könnten. Hierfür drohen Strafen bis zu 3.000 € und bei Nichtzahlung Haft. Die Kritik entzündet sich an den unbestimmten Tatbeständen, die der Anklage und den Gerichten einen großen Spielraum lassen und die Berichterstattung über kritische Themen, wie Korruption und sonstigen Machtmissbrauch seitens staatlicher Bediensteter stark erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Gleichzeitig macht die Regierung Ernst mit der Zulassung neuer Parteien nach Reform des Parteiengesetzes. Für die Wahl im Mai 2012 zur Nationalversammlung wurden bereits zehn neue Parteien zugelassen, darunter befinden sich auch drei islamisch bis islamistisch ausgerichtete Parteien.²⁵ Damit sind derzeit 22 Parteien berechtigt, sich an den Neuwahlen zu beteiligen. Davon sind sechs Parteien dem islamistischen oder islamischen Spektrum zuzurechnen. Der Vorsitzende der neu zugelassenen islamischen Partei Front für Gerechtigkeit und Entwicklung, Abdallah Djaballah, beklagt den Umstand, dass die neu gegründeten Parteien einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den etablierten Parteien wegen des baldigen Wahltermins haben. Vereinzelt erneut aufflammende Proteste in neuerer Zeit erfolgen nicht auf Grund originär politischer Forderungen nach mehr Demokratie, sondern richten sich gegen die Arbeitslosigkeit und die allgemein schlechte soziale Lage sowie den Mangel an Wohnungen.²⁶ Am 08.01.2012 gab es Proteste junger Arbeitsloser in den Städten Skikda, Laghouat und Ouargla gegen ihre Lage und den Umstand, dass trotz des Ölreichtums des Landes keine Arbeitsplätze seitens der Regierung für junge Menschen zur Verfügung gestellt werden. Gegen diese Demonstrationen ging die Polizei mit Einsatz von unmittelbarem Zwang vor. Es gab Verletzte und Festnahmen.

Bikyamasr vom 27.03.2011: Algeria's political parties call for peaceful reforms, <http://bikyamasr.com/wordpress/?p=30969>, abgerufen am 28.03.2011

24 vgl. AFP auf Yahoo Newsvom 14.12.2011: Algeria adopts controversial media law, <http://news.yahoo.com/algeria-adopts-controversial-media-law-174259539.html>

25 vgl. Chikhi, Lamine vom 24.01.2012: Algeria gives parties green light for election, <http://news.yahoo.com/algeria-gives-parties-green-light-election-162334640.html>; AP auf Yahoo News vom 24.01.2012: Algeria approves 3 new Islamist parties, <http://news.yahoo.com/algeria-approves-3-islamist-parties-193509051.html>; AP auf Sun Sentinel vom 24.01.2012: Algeria approves 10 new parties, including 3 Islamist ones, ahead of May elections; <http://www.sun-sentinel.com/news/nationworld/sns-ap-ml-algeria-elections,0,1295137.story?track=rss>, alle abgerufen am 26.01.2012

26 vgl. Magharebia vom 09.01.2012: Jobless Algerian youths stage protests, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2012/01/09/newsbrief-04; Yahoo News vom 10.01.2012: 10 injured, several arrested in Algeria protests, <http://news.yahoo.com/10-injured-several-arrested-algeria-protests-204341952.html>, alle abgerufen am 26.01.2012

3.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit algerischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ²⁷	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
13.350	938	462	250	1.650	1.188

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylerstantragsteller

Im Jahre 2010 nahm das Bundesamt 439 Erstanträge von Antragstellern entgegen, die aus Algerien stammten. Davon waren 412 Antragsteller männlichen und 27 weiblichen Geschlechts.

Diese Zahlen erhöhten sich im Jahr 2011 auf 487 Anträge, wovon 458 Antragsteller männlichen und 29 weiblichen Geschlechts waren. Dies stellt einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von rd. 11% dar. 302 Erst- und 16 Folgeanträge waren Ende 2011 als anhängige Verfahren erfasst.²⁸

Entscheidungen

Im Jahr 2011 wurde über 515 Asylanträge algerischer Staatsangehöriger entschieden, keine Person erhielt eine Anerkennung als Asylberechtigte, drei Personen bzw. 0,58% erhielten Flüchtlingsschutz. Ein Abschiebungsverbot wurde im Jahr 2011 für zwei Personen bzw. 0,38% festgestellt. Die Gesamtschutzquote lag damit bei rd. 1%. 363 Ablehnungen ergingen und 147 sonstige Verfahrenserledigungen.²⁹

Reiseweg

Algerische Asylbewerber begaben sich auf dem Seeweg zunächst in unterschiedliche europäische Mittelmeer-Anrainerstaaten (Spanien, Frankreich, Italien). Von dort aus erfolgte die Weiterreise über die jeweiligen Nachbarstaaten auf dem Landweg nach Deutschland.³⁰

²⁷ Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreisepflichtung voraus

²⁸ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

²⁹ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

³⁰ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011	Veränderung in %
bis unter 16 Jahre	33	21	-36,36
von 16 bis unter 18 Jahre	30	24	-20,00
von 18 bis unter 25 Jahre	149	170	+14,09
von 25 bis unter 30 Jahre	117	132	+12,82
von 30 bis unter 35 Jahre	75	76	+01,33
von 35 bis unter 40 Jahre	17	35	+105,88
von 40 bis unter 45 Jahre	11	17	+54,54
von 45 bis unter 50 Jahre	7	7	--
von 50 bis unter 55 Jahre	--	1	--
von 55 bis unter 60 Jahre	--	2	--
von 60 bis unter 65 Jahre	--	1	--
65 Jahre und älter	--	1	--
Summe	439	487	+10,93

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Von den 344 befragten Personen hatten 25 eine universitäre Bildung, zwei Personen hatten die Fachhochschule und 51 das Gymnasium besucht. 143 Personen besuchten die Mittelschule, 98 die die Grundschule. Es gab 23 Analphabeten. Mithin hatte unter Einrechnung der Mittelschule über das Gymnasium bis zur Universität über 64% der Antragsteller aus der befragten Gruppe eine relativ hohe formale Bildung.³¹

³¹ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Algerien	ohne Arbeit	81	23,5
	Tätigkeit im Handwerk	31	9,0
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	25	7,3
	Dienstleistungsgewerbe	24	7,0
	Hilfskraft, Privatangestellte/r	23	6,7
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	22	6,4
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21	6,1
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	17	4,9
	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	15	4,4
	Baugewerbe, innen, Innenausbau, Renovierung	11	3,2
	Nahrungsmittelverarbeitung und verwandte Berufe	11	3,2
	Groß- und Einzelhandel	10	2,9
	Soldat/in, Söldner/in, Berufssportler	9	2,6
	Baugewerbe, außen, incl. Tief- und Straßenbau	7	2,0
	Elektro- und Fernmeldewesen	7	2,0
	Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Hilfswerke	6	1,7
	Ingenieurberufe, technische Fachkräfte	4	1,2
	Künstlerischer Beruf, Dekoration, Mode	4	1,2
	Lehrberufe	4	1,2
	Transport, Touristik und Verkehr	2	0,6
	Verwaltung, Bürotätigkeit, Versicherung	2	0,6
	Führungskräfte, leitende Verwaltungsbedienstete, Unternehmer	1	0,3
	Informationstechnik	1	0,3
	Informationswesen, Sprachbezogene Berufe	1	0,3
	Medizinisch-, pharmazeutisch-, chemische Berufe, Labortätigkeit	1	0,3
	Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	1	0,3
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	1	0,3
	Versand (auch Post), Verpackung, Lagerarbeit, Lagerverwaltung	1	0,3
	Wirtschaft, Finanzen, Banken	1	0,3
	Algerien	344	100,0

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Die Lage in Algerien ist zwar durch soziale Ungleichheiten und Marginalisierung der arbeitslosen jungen Menschen geprägt, wobei allerdings nicht von einer mit Tunesien oder gar mit Libyen vergleichbaren Aufbruchstimmung und Bereitschaft zur Infragestellung der staatlichen Autoritäten ausgegangen werden kann. Ein Grund hierfür ist das noch immer nicht abgeschlossene Kapitel der Auseinandersetzung des staatlichen Machtapparates mit einer islamistisch-terroristischen Guerilla, die zwischen 120.000 bis 200.000 Tote gefordert hat, wobei der größte Teil der Opfer unter der eher unbeteiligten Zivilbevölkerung zu finden ist. Vor diesem Hintergrund besteht nur geringe Bereitschaft in der Bevölkerung, die weitgehend wiederhergestellte staatliche Sicherheit und Ordnung in Frage zu stellen, zumal auch der staatliche Machtapparat stark aufgerüstet hat. Ferner kann der Regierung nicht abgesprochen werden, dass diese zumindest einen Teil ihrer Reformversprechen einhält. Als Belege hierfür sind der mit Nachdruck vorangetriebene Wohnungsbau sowie die Zulassung neuer Parteien und die Ansetzung von Neuwahlen, an denen diese teilnehmen können, zu nennen. Gleichwohl ist keine Politik erkennbar, die die Verbesserung der Masse der jungen Bevölkerung Algeriens in ökonomischer und sozialer Hinsicht nachdrücklich vorantreibt, auch wenn entsprechende Ankündigungen mehrfach gemacht wurden.

4. Libyen

4.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Die Herrschaft Gaddafis und seiner Anhänger über Libyen endete nach mehreren Jahrzehnten mit seinem Tod am 20.10.2011.³² Nach der Befreiung der letzten Stadt (Sirte) unter der Herrschaft seiner Anhänger am gleichen Tag erklärte der Nationale Übergangsrat, ein Gremium, welches als eine Art Ersatzparlament fungiert, am 23.10.2011 das Land für befreit. Am 21.10.2011 haben die Mitgliedstaaten des NATO-Bündnisses in Brüssel beschlossen, den Einsatz zum Schutze der libyschen Bevölkerung mit Wirkung zum 31.10.2011 zu beenden.³³ Der Einsatz hatte am 31.03.2011 begonnen.

Zur Vorgeschichte:

Begonnen hatte die libysche Revolution gegen das autoritäre Regime Gaddafis am 17.02.2011 in Bengasi.³⁴ Der Nationale Übergangsrat wurde bereits am 15.07.2011 von der Libyen Kontaktgruppe als alleinige Vertretung des libyschen Volkes anerkannt.³⁵ Die Libyen Kontaktgruppe wird von 21 Staaten, Vertretern der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga, der EU, der Organisation der Islamischen Konferenz und des Kooperationsrates der Arabischen Golfstaaten gebildet.³⁶ Einzig die Afrikanische Union (AU) erkennt den Nationalen Übergangsrat zu diesem Zeitpunkt weiterhin nicht als legitime Vertretung des libyschen Staates und Volkes an, wenngleich zahlreiche Mitglieder der Organisation bereits die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Übergangsrat aufgenommen und diesen anerkannt haben. Die Afrikanische Union genießt allerdings nur Gaststatus in der Libyen Kontaktgruppe. Der UN Generalsekretär Ban Ki-Moon beauftragt im September 2011 seinen Sonderbeauftragten für Libyen, Ian Martin, mit der Leitung der United Nations Support Mission in

32 vgl. Blanchard, Christopher M. für United States Congressional Research Service vom 08.12.2011: Libya: Transition and U.S. Policy, S. 5, 7, <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL33142.pdf>, abgerufen am 23.01.2012

33 vgl. Magharebia vom 23.10.2011: NATO sets Libya campaign end date, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2011/10/23/newsbrief-04, abgerufen am 24.10.2011

34 vgl. Blanchard a.a.O.

35 vgl. Reuters auf Yahoo News vom 14.07.2011: Excerpts from Libya Contact Group Chair's Statement <http://uk.news.yahoo.com/excerpts-libya-contact-group-chairs-statement-142144166.html>, abgerufen am 18.07.2011;

Magharebia vom 02.09.2011: World leaders back Libyan transitional council, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2011/09/02/newsbrief-01, abgerufen am 05.09.2011

36 vgl. Auswärtiges Amt: Libya Contact Group: Chair's statement, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/572908/publicationFile/150837/110413-ChairStatement.pdf;jsessionid=6B36EB860B9B876487D42F0DD0064C14>, abgerufen am 18.07.2011

Libya (UNSMIL).³⁷ Die Mission hat die Aufgabe, der libyschen Regierung bei der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Herstellung eines Rechtsstaates zu helfen. Ferner soll sie die nationale Versöhnung und den politischen Dialog vorantreiben und insbesondere den Übergangsrat bei der Schaffung einer neuen Verfassung und den Vorbereitungen für demokratische Wahlen unterstützen. Die Mission hat auch ein Mandat des UN Sicherheitsrates (S/2011/580) vom 16.09.2011 für die Unterstützung der libyschen Regierung bei der Wiederherstellung der staatlichen Autorität durch die Stärkung der entstehenden Institutionen im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Wiederherstellung der öffentlichen Versorgung. Ferner gilt ein besonderes Augenmerk den verwundbaren Gruppen sowie der Herstellung eines funktionierenden Rechtswesens.

Wie oben bereits berichtet, gilt das Land am 23.10.2011 als befreit. Die Befreiung von der Herrschaft des Gaddafi-Regimes forderte rd. 30.000 Tote und 50.000 Verletzte auf Seiten beider Konfliktparteien.³⁸

Frage der Beachtung der Menschenrechte

Am 13.10.2011 hat Amnesty International einen Bericht veröffentlicht, dem zufolge Soldaten des Gaddafi-Regimes sowie Personen, die als Söldner verdächtigt werden, durch die bewaffneten Kräfte der neuen Regierung in der Haft schlecht behandelt und geschlagen werden.³⁹ Seit August 2011 sind rd. 2.500 Kämpfer des alten Regimes in Haft genommen worden. Laut Amnesty International liegen Aussagen vor, wonach die Bewacher teilweise die Gefangenen misshandeln um schneller zu Geständnissen zu kommen. Vertreter von Amnesty International hatten zuvor 11 Hafteinrichtungen besucht. Ein Sprecher des Nationalen Übergangsrates versicherte daraufhin, dass dieser mit Nachdruck gegen solche Übergriffe vorgehen und diese nicht dulden werde.

Human Rights Watch berichtet nach einer Meldung von Ende Oktober 2011 von Leichenfunden in Sirte.⁴⁰ Danach sollen rd. 53 Menschen mit zum Teil gefesselten Händen exekutiert worden sein.

37 vgl. UN Department of Political Affairs: Libya, http://www.un.org/wcm/content/site/undpa/main/activities_by_region/africa/Libya, abgerufen am 25.01.2012

38 vgl. Arab Times vom 23.01.2012: Up to 30,000 killed, say Libyans, <http://www.arabtimesonline.com/NewsDetails/tabid/96/smId/414/ArticleID/173542/reftab/96/t/Up-to-30000-killed-say-Libyans/Default.aspx>, abgerufen am 23.01.2012

39 vgl. UPI.com vom 13.10.2011: Amnesty accuses Libya of torture, http://www.upi.com/Top_News/Special/2011/10/13/Amnesty-accuses-Libya-of-torture/UPI-33781318531223/; BBC News vom 13.10.2011: Amnesty urges Libya to tackle 'stain' of detainee abuse, <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-15284264>, alle abgerufen am 17.10.2011

40 vgl. The Telegraph vom 24.10.2011: Libya: Human Rights Watch calls on NTC to probe mass 'executions' as 53 bodies are found, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8845636/Libya-Human-Rights-Watch-calls-on-NTC-to-probe-mass-executions-as-53-bodies-are-found.html>, abgerufen am 07.11.2011

Die Getöteten sollen Anhänger Gaddafis gewesen sein und die Tat wird Milizen des Nationalen Übergangsrates zugeschrieben.

Ferner sollen Milizen aus Misrata die Bewohner einer nahe gelegenen Ortschaft namens Tawargha vertrieben und deren Häuser niedergebrannt haben.⁴¹ Die dunkelhäutigen Bewohner der Ortschaft galten als Unterstützer Gaddafis und sollen sich an der Belagerung Misratas beteiligt haben. Die Milizen von Misrata sollen sie landesweit gejagt und viele in Haft genommen haben.

Aktuelle Lage

Der Nationale Übergangsrat hat am 16.09.2011 offiziell die Vertretung Libyens in der Generalversammlung von der Regierung Gaddafis übernommen.⁴² Die Abstimmung in der Vollversammlung der UN zu Gunsten des Nationalen Übergangsrates ging mit 114 - 17 zu dessen Gunsten aus. Am 10.01.2012 hat Libyen mit der UN ein Abkommen geschlossen. Die UN Unterstützungsmission in Libyen wird unter Führung des Sonderbeauftragten Ian Martin das Land beim Wiederaufbau unterstützen, wobei ein Schwerpunkt auf dem Aufbau der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen liegen wird.⁴³ Die Mission war bereits vorher in Libyen tätig, nun werde diese Tätigkeit auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Das Abkommen wurde vom Sonderbeauftragten des UN Generalsekretärs, Ian Martin, und dem libyschen Außenminister, Ashur Khayyal, unterzeichnet.

Der Nationale Übergangsrat und die Übergangsregierung sind derzeit nicht Inhaber der Staatsgewalt über ganz Libyen, sondern stehen zahlreichen Milizen gegenüber, die zum Teil die Legitimation des Übergangsrates nicht anerkennen.⁴⁴ Die verschiedenen Milizen wurden durch lokale Räte gebildet, d. h. diese fühlen sich vielfach nicht dem Nationalen Übergangsrat verpflichtet, zumal in diesem auch nicht alle Räte Libyens Vertreter haben.

Am deutlichsten zeigt sich das Spannungsverhältnis in der Hauptstadt Tripolis (Tripoli) und deren Umgebung, in der es seit November 2011 immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Milizen untereinander sowie auch Einheiten des Nationalen Übergangsrates kommt.⁴⁵ Hier sind insbesonde-

⁴¹ vgl. Langendonck, Gert, van; vom 04.11.2011: Libya militias taking law into own hands, <http://www.csmonitor.com/World/Middle-East/2011/1104/Libya-militias-taking-law-into-own-hands>, abgerufen am 07.11.2011

⁴² vgl. globalpost.com vom 16.09.2011: Libya's rebels awarded the Gaddafi regime's seat at the U.N., www.globalpost.com/.../libya-national-transitional-council-muammar-al-gaddafi-un, abgerufen am 25.01.2012

⁴³ vgl. UPI.com vom 10.01.2012: U.N., Libya sign agreement, http://www.upi.com/Top_News/World-News/2012/01/10/UN-Libya-sign-agreement/UPI-64811326249390/, abgerufen am 16.01.2012

⁴⁴ vgl. International Crisis Group vom 14.12.2011: Holding Libya together: Security Challenges after Qadhafi, [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/115%20Holding%20Libya%20Together%20--%20Security%20Challenges%20after%20Qadhafi.pdf](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/115%20Holding%20Libya%20Together%20--%20Security%20Challenges%20after%20Qadhafi.pdf), abgerufen am 25.01.2012

⁴⁵ vgl. Magharebia vom 11.12.2011: Tripoli airport, army chief attacked, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2011/12/11/newsbrief-01, abgerufen am 12.12.2011;

re die Milizen der Städte Zintan und Misrata zu nennen, die an der Befreiung der Stadt beteiligt waren und ihre Positionen dort nicht räumen wollen. So kam es am 10.12.2011 zu einem Schusswechsel zwischen einer Miliz aus Tripolis und einer Miliz aus der Stadt Zintan. Letztere hält den Flughafen besetzt. Auch die nähere Umgebung der Stadt ist nicht von solchen Auseinandersetzungen verschont.

Bereits am 06.12.2011 begann eine Frist von 14 Tagen zu laufen, die die Übergangsregierung den Milizen gesetzt hatte. Die Milizen aus anderen Landesteilen sollten bis zum 31.12.2011 die Stadt verlassen und in ihre Heimatregionen zurückkehren. Am 07.12.2011 gab es in Tripolis eine Demonstration von Bürgern, die über den Abzug hinaus auch die Entwaffnung der Milizen verlangten. Für diese Anliegen demonstrierten auch Polizisten, die sich allein für die Sicherheit der Stadt und der Bürger zuständig erklärten. Die Frist zum Verlassen der Hauptstadt, die die Übergangsregierung den ortsfremden Milizen gesetzt hatte, lief am Jahresende 2011 ergebnislos ab. Die ortsfremden Milizen kontrollieren weiterhin manche Kontrollposten und Teile von Tripolis.

Macht der Milizen

Die Sachlage gestaltet sich in ganz Libyen so, dass die örtlich aktiven Milizen Menschen nach Gutdünken festnehmen, es gibt auch Berichte, dass vermeintliche Anhänger des alten Regimes extralegal hingerichtet wurden und es zu Menschenrechtsverletzungen seitens der verschiedenen Milizen kommt.⁴⁶ Ferner wird die neu gewonnene Macht teilweise zur Bereicherung und Begleichung alter Unstimmigkeiten genutzt. Besonders gefährdet sind Ausländer aus den Subsahara-Staaten sowie zum Teil dunkelhäutige Libyer, die vielfach von der Bevölkerung und deren Milizen pauschal als Söldner und Anhänger Gaddafis eingestuft werden und dementsprechend von menschenrechtswidrigen Maßnahmen betroffen waren bzw. sind.

Die Lage hat sich insoweit für diesen Personenkreis nicht entspannt.

Legitimation und Akzeptanz des Nationalen Übergangsrates

Der Nationale Übergangsrat und die Übergangsregierung stoßen im Land nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. In der Stadt Bengasi, von der aus die Revolution in Libyen ihren Ausgang nahm, die zum Sturz des Gaddafi Regimes führte, gab es am 13.12.2011 Demonstrationen gegen und für den Nationalen Übergangsrat. Die Kritiker des Nationalen Übergangsrates bezeichneten die Arbeit

Sky News vom 14.11.2011: Rival Libyan militias fight, <http://www.skynews.com.au/politics/article.aspx?id=685100&vId=>, abgerufen am 14.11.2011;
Gatehouse, Gabriel vom 16.01.2012: Two die as Libya militias clash near Tripoli, <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-16570594>, abgerufen am 16.01.2012;
Magharebia vom 19.01.2012: Tripoli clash turns deadly, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2012/01/19/newsbrief-02, abgerufen am 23.01.2012

⁴⁶ vgl. Ausführungen oben unter "Frage der Menschenrechte" sowie International Crisis Group vom 14.12.2011 S. 25 f. a.a.O.

desselben als intransparent und nicht demokratisch legitimiert.⁴⁷ Wichtiger Anlass für die Demonstration gegen den Übergangsrat war die Äußerung von dessen Vorsitzenden Mustafa Abdul-Jalil, wonach der Nationale Übergangsrat bereit sei, den Pro-Gaddafi-Kämpfern zu verzeihen.

Aufbau der staatlichen Institutionen und Integration der Milizionäre

Es gibt keine funktionierende Justiz, die das Vorgehen der Milizen kontrollieren könnte, diese muss, ebenso wie die Polizei und Armee, neu aufgebaut werden.

Zuvor wird es eine Hauptaufgabe der libyschen Regierung sein, die zahlreichen Milizen zu entwaffnen bzw. zum Teil in eine nationale Armee einzugliedern, die allerdings erst noch geschaffen werden muss. Erste Ansätze und ein Budget sind bereits vorhanden.⁴⁸ Eine Schwierigkeit wird hierbei der oben bereits angesprochene Umstand sein, dass viele Milizen sich ihrem lokalen Rat ihrer Stadt verpflichtet fühlen und nicht dem Nationalen Übergangsrat oder der Übergangsregierung.

Der libysche Verteidigungsminister kündigte am Jahresende 2011 an, Angehörige der zahlreichen Milizen, die maßgeblichen Anteil am Sturz des alten Regimes hatten, in die Streitkräfte und die Verwaltung zu integrieren. Dazu sollen auch Auslandsaufenthalte gehören, die der Ausbildung der Milizionäre dienen sollen. Ferner soll im Januar 2012 eine Registrierung der Milizionäre begonnen werden, um die Integration derselben vornehmen zu können. Ein Rat der Milizen, dessen Zusammensetzung im einzelnen nicht bekannt ist, hat wiederum gefordert, dass den Revolutionären, wie sich die Milizionäre selbst nennen, 40% der Sitze des Nationalen Übergangsrates überlassen werden.

Zeitplan für den Wiederaufbau

Libyen befindet sich derzeit in einer Übergangsphase. Nach der Erklärung der Befreiung am 23.10.2011 durch den Vorsitzenden des Nationalen Übergangsrates Mustafa Abdul-Jalil hat er am 31.10.2011 eine Übergangsregierung berufen, die unter Führung des Premierministers Abderrahim el-Kib steht, wobei das Kabinett am 24.11.2011 vereidigt wurde.

Bis etwa Mitte/Ende Januar 2012 soll durch den Nationalen Übergangsrat und die Übergangsregierung ein Wahlgesetz erlassen und eine Wahlkommission bestellt werden. Die Wahlkommission soll die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten und durchführen. Etwa Ende Juli 2012 sollen die

⁴⁷ vgl. Sarieldin, Nizar vom 12.12.2011: Benghazi protesters turn on Libya's new rulers, <http://news.yahoo.com/ntc-declares-benghazi-economic-capital-demos-185316338.html>, abgerufen am 19.12.2011

⁴⁸ vgl. Habboush, Mahmoud vom 16.01.2012: Slow start for Libya drive to disband militias, <http://news.yahoo.com/slow-start-libya-drive-disband-militias-061558093.html>; Shaheibi, Rami, al-, vom 09.01.2012: Libya government: \$8b to reintegrate fighters, <http://news.yahoo.com/libya-government-8b-reintegrate-fighters-182305586.html>, alle abgerufen am 06.01.2012

Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, die dann die neue Regierung wählen und ein Komitee bestimmen wird, welches die neue Verfassung ausarbeitet. Diese neue Verfassung muss dann in einer landesweiten Volksabstimmung mit 2/3 Mehrheit angenommen werden.

Der erste Entwurf eines Wahlgesetzes für die künftige Nationalversammlung, der am 02.01.2012 der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt wurde, stößt auf starke Kritik.⁴⁹ Dies gilt auch für die in ersten Ansätzen sich organisierenden islamischen Parteien. Zwölf von diesen Parteien haben sich im sogenannten Forum der Nationalen Parteien organisiert. Hauptkritikpunkt ist der Umstand, dass bisher keine politischen Parteien offiziell zugelassen sind. Dies werde zu Folge haben, dass alle Kandidaten als Unabhängige antreten müssen. Diese müssten sich für eine erfolgreiche Wahl dementsprechend an ihre Stämme oder reiche Persönlichkeiten mit Einfluss wenden, wodurch die Vertretung an Hand tribalistischer Linien gewählt würde. Kandidaten der Minderheiten, wie der Berber und Angehöriger kleinerer Stämme, hätten danach keine Wahlchance. Ferner seien bisher keine Wahlbezirke mit jeweiligen Sitzen vorgesehen. Auch dies werde zu einer Majorisierung der Nationalversammlung durch die großen Stämme führen. Dem hat der Nationale Übergangsrat Rechnung getragen.⁵⁰ So wurde am 09.01.2012 das Verbot der Gründung von Parteien aus der Gaddafi-Zeit aufgehoben. Am 10.01.2012 wurde als erste Partei die „Partei für Reform und Entwicklung“ gegründet. Dies führte allerdings zu keinem Verstummen der Kritik an dem Nationalen Übergangsrat und dem Entwurf des Wahlgesetzes, welche sich in Bengasi teilweise durch Gewalt gegen Vertreter desselben und deren Büro entlud.⁵¹ Der Vorsitzende trug den Vorwürfen an dem Übergangsrat teilweise Rechnung und suspendierte sechs Vertreter Bengasis aus dem Übergangsrat, gegen die Vorwürfe der Korruption aus Bengasi erhoben wurden. Der Rat von Bengasi muss diese erneut bestätigen, falls sie wieder in den Übergangsrat entsandt werden sollen. Aus Protest hiergegen trat der Stellvertreter Abdul-Jalils im Vorsitz des Übergangsrates namens Abdel Hafiz Ghoga, ebenfalls aus Bengasi stammend, von seinem Amt zurück.

49 vgl. Zargoun, Taha und Holmes, Oliver, vom 15.01.2012: Libyan parties reject draft election law, <http://news.yahoo.com/libyan-parties-reject-draft-election-law-154142706.html>, abgerufen am 16.01.2012

50 vgl. Magharebia vom 10.01.2012: First Islamist party formed in Libya, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2012/01/10/newsbrief-01, abgerufen am 23.01.2012

51 vgl. Shaheibi, Rami, al-, vom 22.01.2012. Libya suspends transitional government members, <http://news.yahoo.com/libya-suspends-transitional-government-members-140040518.html>; Holmes, Oliver, vom 22.01.2012: Deputy head of Libya's NTC quits after protests, <http://news.yahoo.com/libya-could-fall-bottomless-pit-ntc-chief-130700553.html>, alle abgerufen am 23.01.2012

4.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit libyscher Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ⁵²	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
4.880	65	55	147	267	212

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylerstantragsteller

Im Jahre **2010** nahm das Bundesamt 18 Erstanträge von Antragstellern entgegen, die aus Libyen stammten. Davon waren 16 männlichen und 2 weiblichen Geschlechts.

Diese Zahlen erhöhten sich im Jahr **2011** auf 170 Anträge libyscher Antragsteller, wovon 139 männlichen und 31 weiblichen Geschlechts waren. Der Zuwachs 2011 betrug gegenüber dem Vorjahr 152 Anträge (+ 844%). 144 Erst- und 16 Folgeanträge waren Ende 2011 als anhängige Verfahren erfasst.⁵³

Entscheidungen

Im Jahr 2011 wurde über 50 Asylanträge zu Libyen entschieden, eine Person bzw. 2% erhielt eine Anerkennung als Asylberechtigte, zwei Personen bzw. 4% erhielten Flüchtlingsschutz. Ein Abschiebungsverbot wurden im Jahr 2011 für keine Person festgestellt. Die Gesamtschutzquote lag damit bei 6%. Vier Ablehnungen ergingen und 43 sonstige Verfahrenserledigungen.⁵⁴

Reiseweg

Der Weg der libyschen Antragsteller führte mit Fähren und Fischerbooten zunächst auf die italienische Insel Lampedusa und von dort aus weiter auf das italienische Festland. Die weitere Reise nach Deutschland erfolgte auf dem Landweg.⁵⁵

⁵² Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreisepflichtung voraus

⁵³ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁵⁴ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁵⁵ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011
bis unter 16 Jahre	2	28
von 16 bis unter 18 Jahre	1	13
von 18 bis unter 25 Jahre	5	41
von 25 bis unter 30 Jahre	3	37
von 30 bis unter 35 Jahre	2	14
von 35 bis unter 40 Jahre	3	15
von 40 bis unter 45 Jahre	1	10
von 45 bis unter 50 Jahre	1	7
von 50 bis unter 55 Jahre	--	5
von 55 bis unter 60 Jahre	--	--
von 60 bis unter 65 Jahre	--	--
65 Jahre und älter	--	--
Summe	18	170

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Von den 85 befragten Personen hatten 18 eine universitäre Bildung, fünf Personen hatten die Fachhochschule und 13 das Gymnasium besucht. 17 Personen besuchten die Mittelschule, fünf die Fachschule und 23 die Grundschule. Es gab fünf Analphabeten. Mithin hatte der überwiegende Teil der Antragsteller aus der befragten Gruppe eine relativ hohe formale Bildung.⁵⁶

⁵⁶ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Libyen (Libysch-Arabische Dschamahirija)	ohne Arbeit	21	24,7
	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	13	15,3
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	7	8,2
	Groß- und Einzelhandel	6	7,1
	Tätigkeit im Handwerk	6	7,1
	Hilfskraft, Privatangestellte/r	5	5,9
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	4	4,7
	Dienstleistungsgewerbe	4	4,7
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	4	4,7
	Verwaltung, Bürotätigkeit, Versicherung	4	4,7
	Pflege, Pädagogik und Gesundheitswesen	2	2,4
	Soldat/in, Söldner/in, Berufssportler	2	2,4
	Informationswesen, Sprachbezogene Berufe	1	1,2
	Ingenieurberufe, technische Fachkräfte	1	1,2
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	1,2
	Lehrberufe	1	1,2
	Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Hilfswerke	1	1,2
	Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	1	1,2
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	1	1,2
Libyen (Libysch-Arabische Dschamahirija)	85	100,0	

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Die Lage in Libyen kann derzeit nicht einheitlich unter einer Aussage zusammengefasst werden, da sie sich kleinräumig stark unterscheidet und schnellen Veränderungen unterworfen ist.

Dies gilt für den gesamten Staat Libyen und in besonderem Maße für die Hauptstadt Tripolis.

Bei der anstehenden staatlichen Neuordnung und dem Aufbau demokratischer Struktur kommen der Wiederherstellung eines staatlichen Gewaltmonopols und dem Aufbau eines Rechtsstaates besondere Bedeutung zu.

5. Marokko

5.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Im Zuge der Proteste in anderen arabischen Staaten demonstrierten am 20.02.2011 erstmals mehrere zehntausend Menschen weitgehend friedlich in vielen Städten Marokkos und verlangten eine Verfassungsreform, die Auflösung des Parlaments, die Einsetzung einer Übergangsregierung, die Schaffung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, die Herstellung der Verantwortlichkeit von gewählten öffentlichen Bediensteten, angemessene Berufsperspektiven, die Anerkennung der Sprache der Berber und die Entlassung aller politischen Gefangenen.⁵⁷ Zum Teil wurde der König aufgefordert, einen Teil seiner Macht abzugeben, die Regierung zu entlassen und gegen die Korruption vorzugehen. An den Kundgebungen, die über Facebook initiiert wurden, nahmen unterschiedliche Gruppen teil, was die wenig heterogenen und nach Städten unterschiedlichen Forderungen erklärt. Die Bewegung bezeichnet sich als „Demokratie und Freiheit jetzt“ und auch, benannt nach dem ersten Tag der großen öffentlichen Proteste, als „Bewegung 20. Februar“. Ihr gelang es, weitere Demonstrationen zu organisieren und diese über Monate hinweg fortzuführen. Sie fielen aber weniger groß aus als in anderen arabischen Staaten und die Monarchien zeigen sich insgesamt stabiler als die autoritär geführten Regime.

Die sozialen Proteste in Marokko schließen an frühere Kundgebungen an. Bereits in den vergangenen Jahren hatte sich in Marokko eine lebhaftere Protestkultur herausgebildet, die insbesondere aus arbeitslosen Hochschulabsolventen bestand.⁵⁸

Die Reaktionen des marokkanischen Regimes unter König Muhammad VI. waren different. Auf der einen Seite wurden Demonstrationen überwacht und auch gewaltsam aufgelöst, andererseits wurden die Kundgebungen geduldet, Subventionen und Gehälter erhöht und tausende neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen. „Die einflussreichsten, im Parlament vertretenen Parteien wurden näher an den „makhzen“, den vom König gesteuerten Herrschaftsapparat angebunden. So erklärten

⁵⁷ vgl. Yahoo News vom 20.02.2011: Arab Uprisings: What the February 20 Protests Tell Us About Morocco, http://news.yahoo.com/s/thenation/20110217/cm_thenation/158670_1;
Allafrica.com vom 20.02.2011: Thousands march for reform. (Bericht von Human Rights Watch), <http://allafrica.com/stories/201102210207.html>;
Allafrica.com vom 21.02.2011: Five dead after demos, minister says, <http://allafrica.com/stories/201102220307.html>;
SFGate.com vom 20.02.2011: Thousands march in Moroccan capital to seek reform, http://articles.sfgate.com/2011-02-20/world/28615854_1_thousands-march-demonstrators-king-mohammed-vi;
VoANews.com vom 20.02.2011: Anti-Government Protests Spread in North Africa, <http://www.voanews.com/english/news/Anti-Government-Protests-Spread-in-North-Africa-116562768.html>;
ABC News vom 22.02.2011: 5 bodies found in wake of Morocco protests, <http://www.abc.net.au/news/stories/2011/02/22/3145503.htm>, alle abgerufen am 10.03.2011

⁵⁸ vgl. Bank, André: Marokko und Jordanien. Soziale Proteste und monarchischer Autoritarismus, http://www.bpb.de/themen/49OY10,1,0,Marokko_und_Jordanien.html, abgerufen am 19.01.2012

die größten Parteien – die nationalistische Istiqlal, die sozialdemokratische Union de la justice et du développement (USFP) und die moderat-islamistische Parti de la justice et du développement (PJD) – dem König wiederholt ihre Loyalität. Im Gegensatz zu den Protesten in den arabischen Republiken hat die marokkanische „Bewegung des 20. Februar“ zu keinem Zeitpunkt ein Abdanken des Staatsoberhauptes oder gar ein Ende der alaoutischen Monarchie gefordert.“⁵⁹

Bereits am 09.03.2011, weniger als 3 Wochen nach Beginn der Proteste, kündigte König Muhammad VI. in einer öffentlichen Rede in landesweiter Ausstrahlung eine weitgehende Neugestaltung der Verfassung von 1996 an. Erstmals sollte ein Volksentscheid durchgeführt werden. Mit der Einleitung des Reformprozesses beabsichtigte der König, einem Umbruch wie in anderen arabischen Ländern entgegenzuwirken. Die in dem Referendum am 01.07.2011 offiziell mit 98,5% angenommenen Änderungen der Verfassung sehen vor, dass Marokko ein souveräner islamischer Staat mit einer „konstitutionellen, parlamentarischen, demokratischen und sozialen Monarchie“ ist.⁶⁰ Darüber hinaus wurden u. a. die Position des Premierministers, nunmehr der Kandidat der stärksten Partei, sowie die Rolle des Parlaments aufgewertet. Ein umfassender Grundrechtskatalog enthält Ausführungen zu Menschenrechten (Absatz II mit 22 Artikeln), politischer Teilhabe und Dezentralisierung. Einzelne Forderungen bestimmter Gruppen – wie die der Berber nach offizieller Anerkennung des Tamazight – wurden in die Verfassung aufgenommen (Art. 5); auch befasst sich ein Verfassungsrartikel ausdrücklich mit den arbeitslosen Hochschulabsolventen. Trotz dieser Änderungen besteht die zentrale Rolle der Monarchie im politischen System Marokkos fort. Der König bleibt z. B. oberster Befehlshaber der Armee und behält die Macht über die Justiz. Zudem bleibt er höchste religiöse Autorität im Land, gilt aber nicht mehr als heilig, sondern als unverletzlich (Art. 46).⁶¹

Die „Bewegung 20. Februar“ hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen und kritisierte die geplanten Änderungen als nicht ausreichend und „von oben“ aufgenötigt, weil sie nicht vom Volk ausgingen und ein Großteil der Macht auch in Zukunft dem König obliegt. Ziel der Bewegung ist nicht der Sturz der Monarchie an sich, sondern die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie nach dem Vorbild Großbritanniens. Dennoch ist die Reform für König Muhammad VI. – zumindest kurzfristig – ein Erfolg. Die Mehrheit der Marokkaner betrachtet die neue Verfassung als „beträcht-

59 Bank, André a.a.O.

60 vgl. Bank, André a.a.O.;
Theres, Jürgen: Politischer Sonderbericht. Verfassungsreform in Marokko. Hanns-Seidel-Stiftung,
http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/110708_Marokko_SB.pdf, abgerufen am 30.01.2012

61 vgl. Marokkos König gibt kleinen Teil seiner Macht ab, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/marokko-koenig>, abgerufen am 19.01.2012;
Bank, André a.a.O.;
98 Prozent für Verfassungsreform, <http://www.tagesschau.de/ausland/marokko206.html>, abgerufen am 30.01.2012;
DerStandard.at: Deutliche Mehrheit für Verfassungsreform, <http://1308680227428/Deutliche-Mehrheit-fuer-Verfassungsreferendum>, abgerufen am 30.01.2012;
Theres, Jürgen a.a.O.

lichen Fortschritt auf dem Weg zur Vollendung eines Rechtsstaates mit demokratischen Institutionen in einer Monarchie.“⁶².

Am 12. Jahrestag seiner Thronbesteigung, am 30.07.2011, hielt Muhammad VI. eine Rede, die einen Ausblick auf die neue Lage in Marokko nach der Verfassungsänderung gibt und in welcher er sich u. a. für schnelle Parlamentswahlen und eine Verbesserung der Beziehungen zu Algerien aussprach. Vor allem die innenpolitischen Ausführungen signalisierten einen Neubeginn der Beziehungen zwischen Königshaus, Staat und Bürgern.

Am 14.08.2011 teilte Premierminister Abbas al-Fassi mit, dass im November vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt würden, der turnusmäßige Termin der nächsten Wahl wäre im September 2012 gewesen.

Am 12.11.2011 wurde der Wahlkampf eröffnet. Der „Bewegung 20. Februar“ gelang es zwar im Vorfeld erneut tausende Menschen zu mobilisieren, um gegen die Neuwahl zu protestieren. Wie bereits der Aufruf zum Boykott des Verfassungsreferendums blieb auch dieser Aufruf ohne Erfolg. Die vorgezogenen Parlamentswahlen am 25.11.2011 brachten bei einer Wahlbeteiligung von 45% (2007 nur 37%) der „Parti de la Justice et du Développement“ (PJD) mit 27% (2007: 10,9%) die mit Abstand meisten Stimmen, jedoch nicht die absolute Mehrheit. Sie kommt auf 107 der insgesamt 395 Sitze. Den zweiten Platz erreichte die Unabhängigkeitspartei (Istiqlal) des bisherigen Ministerpräsidenten Abbas al-Fassi mit 60 Mandaten. Da die per Referendum angenommene Verfassung vorsieht, dass der Kandidat der stärksten Partei das Amt des Premierministers erhält, wurde der 57-jährige Abdelilah Benkirane, Generalsekretär der PJD, mit der Regierungsbildung beauftragt.⁶³ Die PJD stellt in der neuen Regierung mehr als ein Drittel der knapp 30 Minister, darunter den Justiz- und den Außenminister, die Istiqlal sechs, darunter die Minister für Wirtschaft und Finanzen.⁶⁴

Am 16.12.2011 haben die PJD, die Unabhängigkeitspartei, die Volksbewegung sowie die Partei für Sozialismus und Gerechtigkeit ein als Charta bezeichnetes Koalitionsprogramm beschlossen. Dieses schreibt die inneren Beziehungen zwischen den Koalitionspartnern sowie die Ziele der Koalition fest. Nach Verhandlungen ernannte König Muhammad VI. am 03.01.2012 die neue Regierung unter der Führung Benkiranes.

⁶² Theres, Jürgen a.a.O.

⁶³ vgl. Marokko erhält erstmals islamistischen Regierungschef, <http://www.news.de/politik/855247404/marokko-erhaelt-erstmal-islamistischen-regierungschef/1/>, abgerufen am 19.01.2012
Auswärtiges Amt, Lagebericht Marokko vom 23.12.2011, Az.: 508-516.80/3 MAR

⁶⁴ vgl. Neue marokkanische Regierung ins Amt eingeführt, <http://de.nachrichten.yahoo.com/neue-marokkanische-regierung-ins-amt-eingef%C3%BChrt-164531248.html>, abgerufen am 19.01.2012

5.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit marokkanischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ⁶⁵	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
63.037	428	570	249	1.247	677

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylantragsteller

Im Jahr 2010 wurden 220 Asylerstanträge zum HKL Marokko gestellt, davon 192 von Männern und 28 von Frauen. 2011 wurden neben den 307 Erstanträgen, davon 268 von Männern und 39 von Frauen, 35 Folgeanträge gestellt. Der Zuwachs bei Erstanträgen lag 2011 damit bei 39,5%. Ende Dezember 2011 waren noch 122 Erst- und 19 Folgeanträge anhängig.⁶⁶

Entscheidungen

Im Jahr 2011 wurde über 315 Asylanträge zu Marokko entschieden. Keiner erhielt eine Anerkennung als Asylberechtigter, 3 Personen bzw. 0,95% Flüchtlingsschutz, 2 Personen bzw. 0,63% ein Abschiebungsverbot; die Gesamtschutzquote lag damit bei 1,6%. 240 Ablehnungen ergingen und 70 sonstige Verfahrenserledigungen.⁶⁷

Reiseweg

In der Regel verlief die Hauptreiseroute marokkanischer Asylbewerber mit dem Schiff/der Fähre über das Mittelmeer nach Spanien. Von dort aus wurde die Reise auf dem Landweg über Frankreich nach Deutschland fortgesetzt. Seltener erfolgte die Ausreise zunächst auf dem Landweg nach Tunesien und dann von dort aus weiter über das Mittelmeer nach Frankreich.⁶⁸

⁶⁵ Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreisepflichtung voraus

⁶⁶ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁶⁷ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁶⁸ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Befragungen der Reisewegsbeauftragten im Zeitraum 2011

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011
	Summe	Summe
bis unter 16 Jahre	10	12
von 16 bis unter 18 Jahre	7	7
von 18 bis unter 25 Jahre	60	107
von 25 bis unter 30 Jahre	69	75
von 30 bis unter 35 Jahre	41	63
von 35 bis unter 40 Jahre	20	26
von 40 bis unter 45 Jahre	10	10
von 45 bis unter 50 Jahre	2	5
von 50 bis unter 55 Jahre	-	-
von 55 bis unter 60 Jahre	-	2
von 60 bis unter 65 Jahre	-	-
65 Jahre und älter	1	-
Summe	220	307

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12,

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Im Auswertungszeitraum 2011 besuchten rund 30,2% der 248 Antragsteller Universität (27 Personen bzw. 10,9%), Fachhochschule (2 Personen bzw. 0,8%) oder Gymnasium (46 Personen bzw. 18,5%). Fast die Hälfte der ausgewerteten Personen verfügte über eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 85 Personen bzw. 34,3%, Analphabeten 25 Personen bzw. 10,1%).⁶⁹

⁶⁹ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Marokko	Hilfskraft, Privatangestellte/r	54	21,8
	ohne Arbeit	40	16,1
	Tätigkeit im Handwerk	33	13,3
	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	32	12,9
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	12	4,8
	Dienstleistungsgewerbe	12	4,8
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	12	4,8
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	11	4,4
	Groß- und Einzelhandel	8	3,2
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	8	3,2
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	5	2,0
	Soldat/in, Söldner/in, Berufssportler	4	1,6
	Baugewerbe, außen, incl. Tief- und Straßenbau	3	1,2
	Elektro- und Fernmeldewesen	3	1,2
	Künstlerischer Beruf, Dekoration, Mode	2	0,8
	Nahrungsmittelverarbeitung und verwandte Berufe	2	0,8
	Verwaltung, Bürotätigkeit, Versicherung	2	0,8
	Baugewerbe, innen, Innenausbau, Renovierung	1	0,4
	Informationswesen, Sprachbezogene Berufe	1	0,4
	Lehrberufe	1	0,4
Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	1	0,4	
Transport, Touristik und Verkehr	1	0,4	
Marokko		248	100,0

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Die innenpolitische Situation in Marokko hat sich 2011 verändert. Nach der Verfassungsreform und den Neuwahlen hat das Land an demokratischer Legitimität gewonnen. Dennoch halten fast ein Jahr nach Beginn der Demonstrationen diese an. Informationen über Art und Umfang der Proteste sind rar.⁷⁰ Entscheidend für eine Konsolidierung und die weitere Entwicklung ist: Gelingt ein grundlegender Politikwechsel und können insbesondere die sozialen Probleme des Landes, nicht zuletzt die hohe Jugendarbeitslosigkeit, gelöst werden.

⁷⁰ vgl. Quartalsbericht Maghreb, Quartal IV/2011. Hanns-Seidel-Stiftung, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/QB/Maghreb_QB_2011_IV.pdf, abgerufen am 30.01.2012

6. Syrien

6.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Während sich die Proteste gegen die jeweiligen Regierungen in anderen Ländern im Nahen Osten und Nordafrika nach der Selbstverbrennung eines jungen Tunesiers am 17.12.2010 ausbreiteten, blieb es in Syrien zunächst ruhig, obwohl die wirtschaftliche und soziale Ausgangssituation in Syrien der in anderen betroffenen Ländern weitgehend glich. Die Protestierenden in den entsprechenden Ländern wandten sich, wie die in Syrien etwas später, gegen sozio-ökonomische Missstände, z. B. mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, soziale Ungleichheit, grassierende Korruption und Vetternwirtschaft, aber auch gegen die Einschränkung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten, gegen Willkürherrschaft und Gewalt durch Sicherheitskräfte (Geheimdienste) und Militär.⁷¹

Nachfolgend wird eine kurze Zusammenfassung der Protestaktionen und der staatlichen Reaktionen gegeben, ohne dass alle Ereignisse geschildert werden können. Ergänzende Ausführungen zu den Unruhen und den Reaktionen des Staates, aber auch zu den Menschenrechtsverletzungen findet man z. B. in einer Information des Bundesamtes, im Ecoi.net (European Country of Origin Information Network) Themendossier: Syrien: Politische Entwicklungen 2011 mit den dort angegebenen Quellen, in verschiedenen Reports des Congressional Research Service, der United Nations General Assembly, von Amnesty International und Human Rights Watch oder auch in den Quartalsberichten der Hanns Seidel Stiftung.⁷²

⁷¹ vgl. Asseburg, Muriel: Der Arabische Frühling. In SWP-Studie vom Juli 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S17_ass_ks.pdf, abgerufen am 18.01.2012

⁷² vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Syrien - Unruhen und staatliche Reaktionen, innenpolitische Aspekte, internationale Reaktionen, Daten/Fakten zur Asylantragstellung und Fazit (Januar 2012); Ecoi.net: Syrien: Politische Entwicklungen 2011 (Stand 12.01.2012), <http://www.ecoi.net/news/190211::syrien-arabische-republik/102.syrien-politische-entwicklungen-2011.htm>, abgerufen am 17.01.2012; Sharp, Jeremy M.: Syria: Issues for the 112th Congress and Background on U.S. Sanctions vom 28.04.2011 sowie vom 03.06.2011, 21.06.2011, <http://fpc.state.gov/documents/organization/162748.pdf>, 166802.pdf bzw. 167964.pdf; sowie Sharp, Jeremy M.: Unrest in Syria and U.S. Sanctions Against the Asad Regime vom 09.08.2011, <http://fpc.state.gov/documents/organization/171370.pdf>; sowie Sharp, Jeremy M., Blanchard, Christopher M.: Unrest in Syria and U.S. Sanctions Against the Asad Regime vom 22.09.2011 sowie vom 09.11.2011, <http://fpc.state.gov/documents/organization/174252.pdf> bzw. 178245.pdf, alle abgerufen am 18.01.2012; United Nations General Assembly vom 15.09.2011: Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in the Syrian Arab Republic, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G11/159/68/PDF/G1115968.pdf?OpenElement>, abgerufen am 13.12.2011; United Nations General Assembly vom 23.11.2011: Report of the independent international commission of inquiry on the Syrian Arab Republic, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/17/docs/A-HRC-S-17-2-Add1.pdf>, abgerufen am 20.10.2011; Amnesty International vom Juli 2011: Crackdown in Syria: Terror in Tell Kalakh, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/029/2011/en/71ac0ffa-8415-49c6-b3a9-ff939ff5720b/mde240292011en.pdf>, abgerufen am 18.01.2012;

Aufgrund der Medienblockade des syrischen Regimes lassen sich die zu den Unruhen in den Medien und von verschiedenen Seiten gemachten Angaben nicht unabhängig überprüfen.⁷³

Seit Mitte März 2011 kommt es auch in Syrien zu Protesten. Wichtigster Ausgangspunkt für die Unruhen waren die Vorfälle in Dera'a (Daraa)⁷⁴, im Süden Syriens, in der Nähe der Grenze zu Jordanien. Kinder, die in Dera'a Freiheitsparolen nach dem Vorbild der arabischen Freiheitsbewegung an Wände und Mauern geschrieben hatten, waren am 06.03. 2011 festgenommen worden. Nachdem ihre Eltern vergeblich ihre Freilassung beim Provinzchef der Geheimdienste, einem Cousin des Präsidenten, gefordert hatten, kam es nach dem Freitagsgebet am 18.03.2011 zu Protesten. Gericht und Parteihauptquartier wurden niedergebrannt, der Platz in der Stadtmitte besetzt. Die Sicherheitskräfte gingen z. T. gewaltsam (mit scharfer Munition und Tränengas) gegen die Demonstrierenden vor und töteten dabei in Dera'a mindestens vier Demonstranten. Tausende demonstrierten auch an den Folgetagen. Die Unruhen verbreiteten sich in der Folgezeit landesweit (u. a. in Damaskus, Homs⁷⁵, Aleppo, Deir al-Zor, Banjas (Banyas) und anderen Städten) und halten weiter an. Die Regierung reagierte auf die Demonstrationen auf der einen Seite mit brutaler Gewalt, versuchte auf der anderen Seite aber auch konziliante Töne anzuschlagen (z. B. wurde eine neue Regierung gebildet, staatenlose Kurden z. T. eingebürgert, die seit 1963 geltenden Notstandsgesetze aufgehoben und die Staatssicherheitsgerichte abgeschafft).⁷⁶

Amnesty International vom 31.08.2011: Syria: Deadly Detention: Deaths in custody amid popular protest in Syria, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/035/2011/en/874dfa1c-2041-4681-a610-dffe1aa1421c/mde240352011en.pdf>, abgerufen am 18.01.2012;

Amnesty International vom Oktober 2011: Health Crisis: Syrian Government Targets the Wounded and Health Workers, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/059/2011/en/74190b0e-cbc4-4596-91fc-eb89863362d8/mde240592011en.pdf>, abgerufen am 18.01.2012;

Human Rights Watch (HRW) vom 01.06.2011: "We've Never Seen Such Horror" Crimes against Humanity by Syrian Security Forces, <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0611webwcover.pdf>, abgerufen am 14.11.2011;

Human Rights Watch vom 11.11.2011: "We Live as in War" Crackdown on Protesters in the Governorate of Homs, <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria1111webwcover.pdf>, abgerufen am 14.11.2011;

Human Rights Watch vom 15.12.2011: "By All Means Necessary!", http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria1211webwcover_0.pdf, abgerufen am 20.12.2011;

Hanns Seidel Stiftung: Quartalsbericht I bis III 2011, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/QB/Jordanien_QB_2011_I.pdf bis [QB_2011_III.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/QB/Jordanien_QB_2011_III.pdf), abgerufen am 05.12.2011

⁷³ vgl. Spiegel Online vom 05.10.2011: Syrischer Uno-Botschafter düpiert den Westen, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,789938,00.html>, abgerufen am 05.10.2011;

Reporters Without Borders vom 14.04.2011: Authorities Arrest Freelance Journalist Reporting For France Culture Who Occasionally Works For Le Monde, <http://en.rsf.org/syria-journalists-detained-as-threats-to-14-04-2011,40030.html>, abgerufen am 19.12.2011

⁷⁴ vgl. zur Situation in Dera'a (vom 18.03. bis 22.05.2011) HRW: „We've Never Seen Such Horror“, a.a.O.

⁷⁵ vgl. zur Situation in Homs HRW: "We Live as in War", a.a.O.

⁷⁶ vgl. Lode, Silke: Assads Regime erstickte Proteste in Blut. In Sueddeutsche.de vom 24.03.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/unruhen-in-syrien-scharfschuetzen-positionieren-sich-auf-deraas-daechern-1.1076918>, abgerufen am 25.04.2011;

UN Office of the High Commissioner for Human Rights: Report of the Fact-Finding Mission on Syria pursuant to Human Rights Council resolution S-16/1, http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1314174268_syria-report-2011-08-17.pdf, abgerufen am 07.11.2011;

Frankfurter Rundschau vom 21.03.2011: Viele Verletzte in Syrien, S. 12;

Das syrische Regime sieht in den Protesten hingegen den Aufstand islamischer Terroristen und krimineller Banden und den Versuch des Westens und Saudi-Arabiens, den syrischen Präsidenten von seiner Allianz mit Iran und seinem anti-westlichen Kurs abzubringen.⁷⁹

Zunächst wurden bei den Demonstrationen nur bestimmte Veränderungen des Systems hin zu einem demokratischen und pluralistischen Syrien gefordert. Die Repressionsmaßnahmen des Regimes gegen die Demonstranten verschärfte die Unruhen jedoch. Im Laufe der Zeit wurde im Rahmen der Proteste auch der Rücktritt des Präsidenten Bashar al-Asad verlangt.

Bevor Angehörige der Armee am 25.04. 2011 Dera'a einnahmen, hatte sich Bashar al-Asad bei der Bekämpfung der Unruhen hauptsächlich auf die Sicherheitskräfte und die Polizei gestützt. Sie (u. a. auch Geheimdienste), die Armee, insbesondere die von Maher al-Asad kommandierte Vierte Division, und die zivile Miliz der Shabiha⁸⁰ begingen bei der Bekämpfung der Proteste schwere Menschenrechtsverletzungen. Das Regime unterbrach z. T. auch die Strom- und Wasserversorgung sowie alle Kommunikationsmöglichkeiten bei der Einnahme von Orten. Heckenschützen wurden eingesetzt und auf Personen geschossen. Von Razzien und Verhaftungswellen wird berichtet und davon, dass Verhaftete auch in Schulen oder Fußballstadien festgehalten wurden. Zahlreiche Syrer in den betroffenen Gebieten verließen ihre Heimatorte (zeitweise) und flohen in den Libanon oder die Türkei.⁸¹

78 vgl. United Nations General Assembly vom 15.09.2011: Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in the Syrian Arab Republic, a.a.O.;
United Nations General Assembly vom 23.11.2011: Report of the independent international commission of inquiry on the Syrian Arab Republic, a.a.O.
zu der Situation in Homs (Mitte April bis Ende August 2011) HRW: "We Live as in War", a.a.O.

79 vgl. Bischoff, Jürg: Asad unterdrückt die Proteste. In NZZ vom 05.05.2011, S. 4;
Keller, Gabriele: Cyber-Miliz auf verlorenem Posten. In Die Welt vom 31.05.2011, S. 7

80 vgl. Hermann, Rainer: Die Gewalt aus den alawitischen Bergen. In FAZ vom 12.04.2011, S. 6: Die Shabiha (Schabiha) sind für ihre Gewaltanwendung bekannte Milizen, meist jugendlicher Alawiten aus den Bergen. Sie wurden von Hafiz al-Asad zu Beginn seiner Amtszeit gegründet und sollen u. a. einen Teil des Schmuggels kontrollieren.

Chimelli, Rudolph: In den Fängen des Assad-Clans. In SZ vom 15.04.2011, S.8: Schabiha: auf 10.000 Mitglieder geschätzte Miliz, die Maher al-Asad nahe stehen soll.

UN Office of the High Commissioner for Human Rights: Report of the Fact-Finding Mission on Syria pursuant to Human Rights Council resolution S-16/1, a.a.O.: Mitglieder der alawitischen Minderheit, die enge Verbindungen zu der Familie Asads haben. Viele sollen früher Verteidigungsbrigaden (Saraya al-Difa) angehört haben.

81 vgl. Wimmen, Heiko: Syrien Gefährliches Patt zwischen Regime und Opposition. In SWP-Aktuell 35/August 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A35_wmm_ks.pdf, abgerufen am 12.12.2011

The Guardian vom 05.05.2011: Syrian forces arrest „scores“ in Damascus suburb, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/may/05/syrian-forces-arrests-damascus-suburb/print>, abgerufen am 19.12.2011;

UN Office of the High Commissioner for Human Rights: Report of the Fact-Finding Mission on Syria pursuant to Human Rights Council resolution S-16/1, a.a.O.;

Human Rights Watch vom 11.11.2011: "We Live as in War", a.a.O.;

Human Rights Watch vom Juni 2011: "We've Never Seen Such Horror", a.a.O.;

Reuters Deutschland vom 11.11.2011: Vorwurf gegen Syrien: Verbrechen gegen Menschlichkeit, <http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE7AA07M20111111>, abgerufen am 14.11.2011;

Die Zahl der im Rahmen der Unruhen ums Leben gekommenen Personen ist nach Angaben der UN im Januar 2012 in der Zwischenzeit auf mehr als 5.400 angewachsen.⁸² Gerade in Anbetracht der Kämpfe auch zwischen Alawiten und Sunniten und der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften/Soldaten und Deserteuren, darunter auch Mitgliedern der „Freien Syrischen Armee“, einem Zusammenschluss von Deserteuren (5.000-15.000-40.000 Mann) unter General Riad al-Asad, nehmen die Warnungen vor einem drohenden Bürgerkrieg in Syrien zu.⁸³

In Syrien und im Exil haben sich oppositionelle Gruppierungen und Personen zu Bündnissen zusammengeschlossen (die wichtigsten sind: Syrischer Nationalrat bzw. Syrian National Council (SNC) und NCC bzw. National Coordination Commission of the Forces of Democratic Change), die auch untereinander Gespräche führen, um gemeinsam das gegenwärtige Regime zu stürzen. Auch die Kontakte der Opposition und der Deserteure haben zugenommen, die „Freie Syrische Armee“ und der Syrische Nationalrat haben sogar ein gemeinsames Verbindungsbüro eröffnet.⁸⁴

Spiegel Online vom 04.07.2011: Syrisches Militär schießt auf Flüchtlinge, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,772362,00.html>, abgerufen am 25.10.2011;
SZ vom 25.06.2011: Syrer fliehen in die Türkei, S. 9

82 vgl. AFP vom 22.01.2012: Syrische Deserteure ziehen sich wieder aus Duma zurück, <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5g70nwIlfBvSeDWwAN4Ufp3zhyVKw?docId=CNG.bc2d14871ce3c3ed41cc08ab9a89d185.4a1>, abgerufen am 23.01.2012;

NZZ Online vom 22.01.2012: Kämpfe in Vorort von Damaskus, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_duma_1.14457825.html, abgerufen am 23.01.2012

83 vgl. Frefel, Astrid; Mertins, Silke: Assads Armee beginnt zu meutern. In Financial Times Deutschland vom 08.06.2011, S. 12;

Cerha, Birgit: Hinweise auf Revolte in Syriens Armee. In FR vom 08.06.2011, S. 7;

FAZ vom 07.06.2011: Kämpfe im Norden Syriens, S. 6;

Zekri, Sonja: Armee im Geiste Mohammeds. In SZ vom 29.09.2011, S. 9;

Mertins, Silke: Kämpfen wie die Libyer. In Financial Times Deutschland vom 16.11.2011, S. 3;

Spiegel Online vom 16.11.2011: Aufstand in Syrien Deserteure attackieren Geheimdienst-Zentrum,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-798120,00.html>, abgerufen am 17.11.2011;

Musharbash, Yassin: Mit dem Handy gegen den Tyrannen. In Spiegel Online vom 16.09.2011,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,786586,00.html>, abgerufen am 16.11.2011;

Derstandard.at vom 18.11.2011: Russland und Türkei warnen vor dem Bürgerkrieg,

<http://derstandard.at/1319183195403/Russland-und-Tuerkei-warnen-vor-Buergerkrieg>, abgerufen am 28.11.2011;

Spiegel Online vom 14.01.2012: Opposition bildet Militärart,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,809104,00.html>, abgerufen am 16.01.2012

84 vgl. Derstandard.at vom 30.06.2011: Opposition stellt Assad Bedingungen,

<http://derstandard.at/1308680127839/Opposition-stellt-Assad-Bedingungen>, abgerufen am 04.07.2011;

AFP vom 01.07.2011: Hunderte demonstrieren in Aleppo gegen syrische Führung,

<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jS2SpNewZgQHjv0fhjnVZel..>, abgerufen am 04.07.2011;

Kurdwatch vom 04.07.2011: Damaskus: Neue Oppositionskoalition mit kurdischer Beteiligung gegründet,

<http://kurdwatch.de/>, abgerufen am 05.12.2011;

Kurdwatch vom 18.08.2011: Al-Qamischli: Rückzug der Kurdischen Einheitspartei aus dem Nationalen Zusammenschluss der Kräfte des demokratischen Wandels, <http://kurdwatch.de/>, abgerufen am 05.12.2011;

Horesh, Roxanne: Syria's fragmented opposition. In Aljazeera vom 10.11.2011,

<http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2011/11/2011111413419372523.html>, abgerufen am 20.12.2011;

Reuters vom 03.10.2011: Syrische Opposition vereint sich und fordert Hilfe,

<http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE7920A820111003>, abgerufen am 04.10.2011;

BBC News vom 09.11.2011: Syrian opposition split over key issues, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15665622>, abgerufen am 20.12.2011

Sowohl die EU und die USA als auch die Nachbarländer Syriens, insbesondere auch die Arabische Liga, versuchen, wie auch die in den Vereinten Nationen vertretenen Länder, ihren Einfluss auf das syrische Regime durch verschiedene Möglichkeiten geltend zu machen, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, wobei u. a. die gegen Syrien verhängten Sanktionen die Wirtschaftssituation des Landes verschlechtern haben.⁸⁵

Auch die von der Arabischen Liga initiierte Beobachtermission, die seit Ende Dezember 2011 schrittweise ca. 160 Beobachter nach Syrien geschickt hatte, um die Freilassung politischer Gefangener und den Abzug des Militärs aus Protesthochburgen wie Homs, Hama, Idlib, Dera‘a und Deir al-Zor zu überwachen, konnte durch ihre Präsenz kein Abflauen der Gewalt im Land bewirken, vielmehr stieg die Zahl der Getöteten. Syrien lehnte am 23.01.2012 den von der Arabischen Liga, die ihre Mission am 22.01.2012 verlängert hatte, geforderten Rücktritt Assads zugunsten einer Regierung der nationalen Einheit ab und gab an, das seit zehn Monaten andauernde brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Regierungskritiker fortsetzen zu wollen. Am 28.01.2012 setzte die Arabische Liga ihre Beobachtermission in Syrien angesichts der anhaltenden Gewalt im Land aus. Die Arabische Liga will die Konfliktlösung mit Hilfe der UN auf internationaler Ebene erreichen.⁸⁶

Stern.de vom 02.10.2011: Syrische Opposition bildet Nationalrat, <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE7920A820111003>, abgerufen am 04.10.2011;
Zeit Online vom 03.10.2011: Syrische Opposition bildet Allianz gegen Assad, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/syrien-opposition-assad>, abgerufen am 04.10.2011;
Wimmen, Heiko: Syriens langer Weg an den Rand des Abgrunds. In Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/themen/BW3RGE.html>, abgerufen am 12.12.2011;
SZ vom 02.01.2012: Geeinte Opposition, S. 8;
Spiegel Online vom 14.01.2012: Opposition bildet Militärat, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,809104,00.html>, abgerufen am 16.01.2012

85 vgl. NZZ vom 12.05.2011: EU-Sanktionen gegen Syrien, S. 4;
Kahlweit, Cathrin: EU verschärft Sanktionen gegen Syrien. In SZ vom 02.08.2011, S. 1;
NZZ Online vom 13.10.2011: EU verschärft Sanktionen gegen Syrien, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/eu_verschaeft_sanktionen_gegen_syrien_1.12976161.html, abgerufen am 19.10.2011;
Wiener Zeitung vom 14.10.2011: Assad in Wirtschaftsfalle, http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/404591_Assad-in-Wirtschaftsfalle.html, abgerufen am 31.10.2011;
IRIN vom 27.10.2011: Analysis: Signs of a faltering economy in Syria, <http://www.irinnews.org/report.aspx?reportid=94077>, abgerufen am 31.10.2011;
Al-Khalidi, Suleiman: Syria's uprising exacts heavy toll across economy. In FOX Business vom 12.10.2011/ Reuters, <http://www.foxbusiness.com/markets/2011/10/12/syrias-uprising-exacts-heavy-toll-across-economy/print#>, abgerufen am 31.10.2011;
Cheterian, Vicken: Loyale Damaszener. In NZZ vom 20.06.2011, S. 3;
Keller, Gabriele M.: Notstand in Syrien – Assad geht das Geld aus, <http://www.zeit.de/news/2011-12/03/konflikte-heftige-kaempfe-in-syriens-protesthochburgen-03134802>, abgerufen am 05.12.2011

86 vgl. Focus Online vom 29.01.2012: 66 Tote bei neuen Gefechten in Syrien, http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/syrien/nach-abzug-der-beobachtermission-66-tote-bei-neuen-gefechten-in-syrien_aid_708347.html, abgerufen am 30.01.2012;
Welt Online vom 30.01.2012: Beobachter verlassen Syrien, http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/syrien/nach-abzug-der-beobachtermission-66-tote-bei-neuen-gefechten-in-syrien_aid_708347.html, abgerufen am 30.01.2012

6.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit syrischer Staatsangehörigkeit

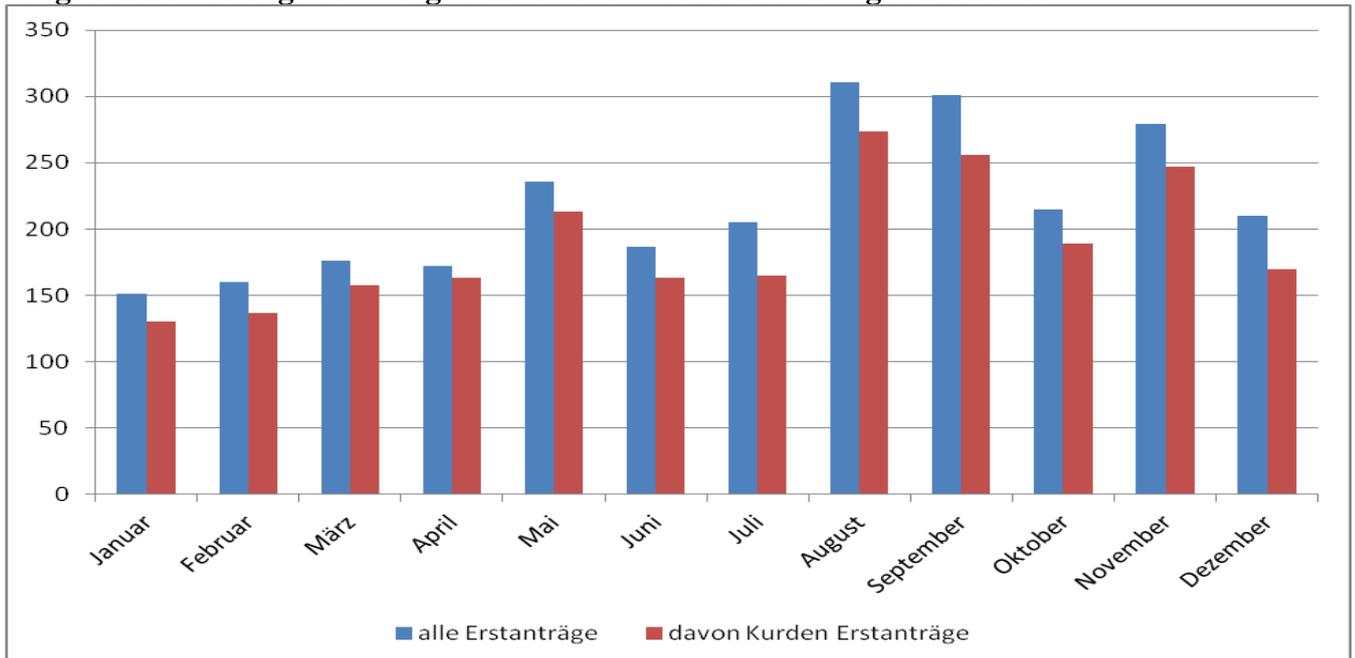
Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ⁸⁷	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
32.878	3.265	395	1.005	4.665	4.270

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylantragsteller

Die Zahl der Asylerstantragsteller lag bereits 2010 (mit 1.490) im Vergleich zu 2009 (mit 819) höher und hat auch 2011 (mit 2.634) erneut stark zugenommen (um 76,8% im Vergleich zum Vorjahr). 2011 wurden neben den 2.634 Erstanträgen, davon 1.583 von Männern und 1.051 von Frauen, 802 Folgeanträge gestellt. Ende Dezember 2011 waren noch 2.590 Erst- und 798 Folgeanträge anhängig.⁸⁸

Vergleich Erstantragsteller insgesamt zu kurdischen Erstantragstellern 2011



Quelle: eigenes Diagramm nach den Statistiken des BAMF, Referat 222, Az.: 222-5331 094/11 u.a.

Ein großer Anteil der Erstantragsteller weist auch 2011 die kurdische Volkszugehörigkeit auf (durchschnittlich 87,4%), mit schwankenden Zahlen zwischen 80,5% im Juli und 94,8% im April.⁸⁹

⁸⁷ Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreisepflichtung voraus

⁸⁸ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁸⁹ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222-5331 094/11 u.a

Entscheidungen

Im Jahr 2011 wurde über 1.044 Asylanträge zu Syrien entschieden, 46 Personen bzw. 4,4% erhielten eine Anerkennung als Asylberechtigte, 343 bzw. 32,9% Flüchtlingsschutz, 40 bzw. 3,8% ein Abschiebungsverbot; die Gesamtschutzquote lag damit bei 41,1%. 363 Ablehnungen ergingen und 252 sonstige Verfahrenserledigungen.⁹⁰

Reiseweg

Die Hauptreisewege führt auf dem Landweg über die Türkei und Griechenland Richtung Bundesrepublik Deutschland. Teilweise wurde auch Italien, das auf dem Seeweg von Griechenland erreicht wurde, als Transitland genannt.⁹¹

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011	Zuwachs in %
	Summe	Summe	
bis unter 16 Jahre	503	915	81,9
von 16 bis unter 18 Jahre	68	127	86,8
von 18 bis unter 25 Jahre	334	501	50,0
von 25 bis unter 30 Jahre	247	418	69,2
von 30 bis unter 35 Jahre	143	280	95,8
von 35 bis unter 40 Jahre	79	143	81,0
von 40 bis unter 45 Jahre	48	94	95,8
von 45 bis unter 50 Jahre	23	38	65,2
von 50 bis unter 55 Jahre	10	43	330
von 55 bis unter 60 Jahre	9	26	188,9
von 60 bis unter 65 Jahre	6	18	200
65 Jahre und älter	20	31	55
Summe	1.490	2.634	76,8

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12,

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Im Auswertungszeitraum 2011 besuchten rund 22,5% der 1.616 Antragsteller Universität (96 Personen bzw. 5,9%), Fachhochschule (33 Personen bzw. 2,0%) oder Gymnasium (235 Personen bzw. 14,5%). Fast die Hälfte der ausgewerteten Personen verfügte über eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 572 Personen bzw. 35,4%, Analphabeten 218 Personen bzw. 13,5%).⁹²

⁹⁰ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

⁹¹ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Befragungen der Reisewegebeauftragten im Zeitraum 2011

⁹² vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Syrien, Arabische Republik	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	539	33,7
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	173	10,8
	ohne Arbeit	152	9,5
	Tätigkeit im Handwerk	128	8,0
	Dienstleistungsgewerbe	100	6,2
	Hilfskraft, Privatangestellte/r	72	4,5
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	72	4,5
	Groß- und Einzelhandel	58	3,6
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	46	2,9
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	37	2,3
	Transport, Touristik und Verkehr	35	2,2
	Künstlerischer Beruf, Dekoration, Mode	30	1,9
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	21	1,3
	Lehrberufe	20	1,2
	Baugewerbe, innen, Innenausbau, Renovierung	18	1,1
	Baugewerbe, außen, incl. Tief- und Straßenbau	15	0,9
	Nahrungsmittelverarbeitung und verwandte Berufe	15	0,9
	Medizinisch-, pharmazeutisch-, chemische Berufe, Labortätigkeit	10	0,6
	Verwaltung, Bürotätigkeit, Versicherung	9	0,6
	Pflege, Pädagogik und Gesundheitswesen	8	0,5
	Elektro- und Fernmeldewesen	7	0,4
	Ingenieurberufe, technische Fachkräfte	7	0,4
	Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	7	0,4
	Soldat/in, Söldner/in, Berufssportler	6	0,4
	Informationstechnik	4	0,2
	Wirtschaft, Finanzen, Banken	4	0,2
	Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Hilfswerke	2	0,1
	Rechtswesen und Beratungswesen	2	0,1
	Führungskräfte, leitende Verwaltungsbedienstete, Unternehmer	1	0,1
	Informationswesen, Sprachbezogene Berufe	1	0,1
	Versand (auch Post), Verpackung, Lagerarbeit, Lagerverwaltung	1	0,1
	Veterinärwesen	1	0,1
	Syrien, Arabische Republik	1.601	100,0

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Zwar ist die Zahl der Asylantragsteller aus Syrien in Deutschland 2011 deutlich gestiegen, da es sich jedoch bei dem Großteil der Antragsteller nach wie vor um Kurden handelt (ihr Anteil lag durchschnittlich bei 87,4%) und die Zahlen bereits seit 2010 (vor allem seit Juni 2010) steigen, ist ein unmittelbarer direkter Zusammenhang zwischen den steigenden Asylzahlen und den Unruhen in Syrien momentan nicht zu erkennen.

Durch die Proteste und deren Bekämpfung hat sich die Menschenrechtssituation in Syrien weiter verschlechtert und auch die wirtschaftliche Situation des Landes leidet zunehmend unter den Unruhen und deren Auswirkungen. Diese Faktoren wirken sich auch auf die Zahl der Asylantragsteller aus.

7. Tunesien

7.1. Allgemeine Lage und Entwicklung

Nach der Flucht von Präsident Ben Ali am 14.01.2011 nach Saudi-Arabien begann eine neue politische Ära in der Geschichte Tunesiens. Das tunesische Volk war erfolgreich auf die Straße gegangen, um für einen grundlegenden Wandel zu demonstrieren.

Im Zuge der Umwälzungen herrschten zunächst vielerorts Chaos und Gewalt, inzwischen hat sich die Lage weitgehend beruhigt. Eine nach den Unruhen gebildete Übergangsregierung, die im Lauf des vergangenen Jahres wiederholt personell umbesetzt wurde, hat bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, Reformen eingeleitet, internationale Verträge ratifiziert und die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt. Die Politik steht jedoch weiterhin unter Druck, die Sicherheitslage ist noch nicht wirklich stabil und gilt nach wie vor als problematisch. In Kreisen der Polizei wurden zahlreiche Anhänger Ben Alis suspendiert. Dadurch ist die ehemals starke Polizeipräsenz nicht mehr vorhanden. Zudem findet vermehrt Personalwechsel in tunesischen Behörden statt. Das Innenministerium hat auch aus den teilweise mit übertriebener Gewalt aufgelösten Demonstrationen weitreichende personelle Konsequenzen gezogen und eine Vielzahl früherer Verantwortlicher des Amtes enthoben oder in den Vorruhestand versetzt und durch neue Fachkräfte ersetzt. Zudem wurden alle Gouverneure und die Mehrzahl der in den Regionen für den Sicherheitsbereich zuständigen Verantwortlichen ausgewechselt.⁹³

Tunesien befindet sich nach wie vor in einer Umbruch- und Neuaufbauphase. Prioritäre Ziele der Übergangsregierung waren zunächst die wirtschaftliche Stabilisierung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung sowie die Vorbereitung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Als eine ihrer ersten Maßnahmen ordnete sie im Januar 2011 die Freilassung von 1.800 Häftlingen an. Auf freien Fuß gesetzt wurden zunächst landesweit alle Gefangenen, deren Haftstrafe sechs Monate nicht überschritt. Am 19.02.2011 erließ sie zudem ein Dekret, das alle politischen Gefangenen begnadigt. Diese Generalamnestie bezieht sich insbesondere auf politisch motivierte Vergehen gegen die staatliche Sicherheit, Vergehen gegen die Antiterrorgesetzgebung aus 2003, illegalen Grenzübertritt, Versammlungsverbote oder illegale Parteienbildung.⁹⁴

⁹³ vgl. Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage vom 03.11.2011, Az.: 508-516.80/3 TUN

⁹⁴ vgl. Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage vom 03.11.2011, Az.: 508-516.80/3 TUN

Die Übergangsregierung traf seit ihrem Amtsantritt zahlreiche Reformmaßnahmen, lockerte die Zensur, billigte die Anti-Folter-Konvention und garantierte die Zulassung von Parteien und die Pressefreiheit. Sowohl die ehemalige Regierungspartei RCD (Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss, Rassemblement Constitutionnel Démocratique) als auch der Geheimdienst wurden aufgelöst. Bis Oktober 2011 wurden über 110 Parteien zugelassen, von denen ca. 80 an der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung teilnahmen.⁹⁵

Am 23.10.2011 fanden die ersten freien Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt. Der Wahltermin war aus technischen und logistischen Gründen zuvor mehrmals verschoben worden. Die islamisch-konservative Partei Ennahdha (Wiedergeburt) mit dem Parteiführer Rachid Ghannouchi wurde bei dieser Wahl mit großem Abstand stärkste Kraft, sie erhielt laut amtlichem Endergebnis rund 41% der Stimmen. Sie erhält damit 89 der 217 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung und ist für eine Mehrheit auf Koalitionspartner angewiesen. Insgesamt sind künftig 25 verschiedene Parteien in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten. Davon haben 14 Parteien jedoch nur je einen Sitz erreicht.⁹⁶ Die Ennahdha stellt die meisten Frauen in der tunesischen Versammlung. 42 weibliche Ennahdha-Mitglieder werden die Gestaltung der Verfassung mitbestimmen. Die restlichen Parteien entsenden lediglich neun Frauen.⁹⁷

Zweitstärkste Kraft wurde mit 29 Sitzen die Mitte-Links-Partei Kongress für die Republik (CPR, Al Mottamar) unter Führung des Medizinprofessors Moncef Marzouki. Drittstärkste Kraft wurde mit 26 Sitzen die nationalistisch orientierte Volksliste (Al-Aridha Al-Aridha Al-Chaabia, Petition für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter Führung des Medienunternehmers Hechmi Hamdi aus London. Ihr waren zunächst sechs Mandate wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung aberkannt worden, die sie jedoch vor Gericht wieder einklagen konnte. Die sozialdemokratische Partei Ettakatol (FTDL, Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit), die von dem Arzt Mustapha Ben Jaafar geführt wird, erreichte mit 20 Sitzen den vierten Platz. Nach Angaben internationaler Beobachter lief die Wahl weitgehend fair ab. Die Verfassungsgebende Versammlung soll in den kommenden zwölf Monaten eine neue Verfassung erarbeiten. Sie wird zudem neben der Organisation der Neuwahlen zum Parlament und zum Amt des Staatspräsidenten auch den Auftrag erhalten,

⁹⁵ die Zahlen hierzu sind uneinheitlich, vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Tunesien vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Verhaltener Optimismus, 02.09.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_28675-1522-1-30.pdf?110905141620, abgerufen am 18.01.2012;
Faz.net vom 19.12.2011: Tunesien nach der Wahl: Das Volk war nicht vorbereitet, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/tunesien-nach-der-wahl-das-volk-war-nicht-vorbereitet-11564785.html>, abgerufen am 18.01.2012;
Welt.de vom 23.10.2011: Interview. „Tunesiens Wahl hat Modellcharakter“, <http://www.welt.de/print/wams/politik/article13675897/Tunesiens-Wahl-hat-Modellcharakter.html>, abgerufen am 18.01.2012

⁹⁶ vgl. DPA: Die Parteien der verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien, bdt0290 4 pl 146 dpa 0680 vom 28.10.2011;
Sueddeutsche.de vom 16.11.2011: Menschenrechtsaktivist soll Staatschef werden, abgerufen am 17.11.2011;
FAZ vom 12.12.2011: Übergangsverfassung beschlossen,

⁹⁷ vgl. Le Monde Diplomatie vom 11.11.2011: Tunesisch Denken

das Wahlgesetz und das Presserecht zu überarbeiten. Daneben soll sie eine Stellungnahme zu der Frage erarbeiten, ob die neue Republik parlamentarisch oder präsidential ausgerichtet sein soll.⁹⁸ Eine Koalition aus der Ennahdha-Partei, der CPR und der FTDL verständigte sich nach intensiven Verhandlungen auf eine neue Spitze der Übergangsregierung. Der frühere Menschenrechtsaktivist und Parteichef der CPR Moncef Marzouki wurde Präsident der neuen tunesischen Übergangsregierung, Ennahdha-Generalsekretär Hamadi Jebali übernahm das Amt des Ministerpräsidenten, Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung wurde der FTDL-Vorsitzende Mustapha Ben Jaafar.⁹⁹

Mit der neu gewählten Verfassungsgebenden Versammlung verfügt Tunesien nun über eine demokratisch legitimierte Institution, welche die Weichen für die Zukunft stellen wird. Wie sich der Demokratisierungsprozess jedoch weiter entwickelt, hängt nicht nur von dieser Institution ab, entscheidend wird sein, ob und wie es die neuen Eliten schaffen mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen umzugehen. Der Wahlsieg der Ennahdha wurde in Tunesien sowie in vielen westlichen Ländern intensiv diskutiert. Kritiker befürchten, dass sich Tunesien von dem bisherigen laizistischen Kurs loslösen und künftig der Islam eine zentrale Stellung in der tunesischen Politik einnehmen könnte. Der Vorsitzende der Ennahdha, Rachid Ghannouchi, betont diesbezüglich nach wie vor, dass die Ennahdha eine moderate Partei sei, die zwar die muslimische Identität Tunesiens wiederbeleben möchte, aber niemandem die islamische Lebensweise aufzwingen werde.¹⁰⁰

Durch die instabile Sicherheitslage in Tunesien ist es zu starken Einbrüchen in der Wirtschaft gekommen, verbunden mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das Wirtschaftswachstum ist von 4,5% auf 0,3% gesunken. Auch der Tourismussektor ist durch den Umsturz stark angeschlagen. Es werden nun sehr hohe Erwartungen an die Regierung gestellt und der Umgang mit diesen Herausforderungen wird die folgenden Monate sowie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr stark beeinflussen. Dabei wird sich zeigen, ob die tunesische Bevölkerung mit den Ergebnissen der Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung zufrieden ist und die gewählte Regierung beibehalten möchte.¹⁰¹

98 vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/sid_DAC93BF9ADCEF745C0B688C86106CAE0/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tunesien/Innenpolitik_node.html, Stand Dezember 2011; http://www.tagesschau.de/ausland/dossier_tunesien_102.html; www.welt.de/politik/ausland/article13686363/Wahlsieger-wollen-ein-Tunesien-fuer-alle.html; <http://www.net-tribune.de/nt/node/76264/news/Mehr-wissen-Tunesiens-Parteien-landschaft-nach-der-ersten-freien-Wahl>; Konrad-Adenauer-Stiftung, <http://www.kas.de/tunesien/>, Stand November 2011

99 vgl. Spiegel Online. Tunesien: Marzouki zum Präsidenten gewählt, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,803333,00.html>, abgerufen am 14.12.2011

100 vgl. Frankfurter Rundschau vom 26.10.2011: Keine Angst vor Islamisten!; Süddeutsche Zeitung vom 28.10.2011: Neubeginn in Tunesien; Die Welt vom 29.10.2011: Zurück in die Zukunft

101 vgl. Die Welt vom 05.11.2011: Die Islamisten haben zugehört;

Dies wird sich auch entscheidend auf das Migrationsverhalten der tunesischen Bevölkerung auswirken, das bisher in einem großen Maß von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt war. Gelingt es nicht, die wirtschaftliche Lage in Tunesien zu verbessern und mehr Menschen eine Teilnahme am Aufschwung zu ermöglichen, kann es zu erneuten Demonstrationswellen, verbunden mit einer weiteren Schwächung der Wirtschaft, kommen. Die Handlungsfähigkeit der neuen Regierung wäre dadurch sowie durch die immer noch nicht stabile Sicherheitslage stark eingeschränkt. Zudem bestünde auch die Gefahr, dass populistische und möglicherweise auch radikale Kräfte starken Zulauf bekämen. Weitere größere Migrationsbewegungen Richtung Europa wären dann ebenfalls nicht auszuschließen.

7.2. Statistiken

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer mit tunesischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht ¹⁰²	Summe Ausreisepflichtige	Geduldete insgesamt
23.610	210	223	112	545	322

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.12.2011

Asylanträge

Während im Jahr 2000 insgesamt 287 Tunesier einen Asylantrag stellten (davon 84,0% Erstanträge), sank die Zahl der Anträge 2007 auf 129 (bei 82,9% Erstanträgen) und folgte damit dem allgemeinen Trend rückläufiger Antragstellerzahlen. In den Folgejahren lag die Zahl der Erstanträge im Jahr 2008 bei 97, im Jahr 2009 bei 116 und 2010 bei 94 (Tunesien nahm 2010 Rang 36 bei den Herkunftsländern ein). Im Jahr 2011 kam es infolge des Umsturzes zu einer Steigerung um ca. 500%.

Von Januar bis Ende Dezember 2011 wurden in Deutschland zum HKL Tunesien 473 Erstanträge gestellt, von denen Ende Dezember noch 211 anhängig waren. Die überwiegende Anzahl der Antragsteller waren Männer (459) unter 30 Jahren (370).¹⁰³

Der Spiegel vom 10.10.2011: Der lächelnde Islamist;

Faz.net vom 23.10.2011: Wahl in Tunesien: Warten für ein freies Land, <http://www.faz.net/aktuell/wahl-in-tunesien-warten-fuer-ein-freies-land-11502700.html>, abgerufen am 08.12.2011

¹⁰² Personen, die im AZR keine Abschiebungs- bzw. Ausweisungsmaßnahme gespeichert haben. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer Duldung jedoch eine bestehende Ausreiseverpflichtung voraus

¹⁰³ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

Entscheidungen

Bisher wurden keine positiven Entscheidungen getroffen, 176 Fälle wurden als unbegründet oder offensichtlich unbegründet abgelehnt, in 148 Fällen kam es zu einer formellen Verfahrenserledigung.¹⁰⁴

Reiseweg

Die Ausreise aus Tunesien erfolgte meist auf dem Seeweg und führte in der Regel zunächst auf die italienische Insel Lampedusa. Von dort aus ging es über das italienische Festland weiter Richtung Bundesrepublik Deutschland.¹⁰⁵

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und 2011

Alter	Erstanträge 2010	Erstanträge 2011
	Summe	Summe
bis unter 16 Jahre	2	6
von 16 bis unter 18 Jahre	4	11
von 18 bis unter 25 Jahre	19	172
von 25 bis unter 30 Jahre	38	181
von 30 bis unter 35 Jahre	22	72
von 35 bis unter 40 Jahre	3	24
von 40 bis unter 45 Jahre	2	3
von 45 bis unter 50 Jahre	2	4
von 50 bis unter 55 Jahre	1	
von 55 bis unter 65 Jahre	1	
Summe	94	473

Quelle: BAMF, Referat 222 vom 17.01.2012, Gz: 222 5331 092/12,

Bildungsprofil der Antragsteller 2011

Im Auswertungszeitraum 2011 besuchten rund 22,04% der 313 Antragsteller Universität (16 Personen bzw. 5,1%), Fachhochschule (1 Personen bzw. 0,9%) oder Gymnasium (52 Personen bzw. 16,6%). Fast 40% der ausgewerteten Personen verfügten über eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 114 Personen bzw. 36,4%, Analphabeten 11 Personen bzw. 3,5%).¹⁰⁶

¹⁰⁴ vgl. BAMF, Referat 222, Az.: 222 - 5304 - 03/12

¹⁰⁵ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12

¹⁰⁶ vgl. BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Berufsprofil der Antragsteller 2011

Tunesien	ohne Arbeit	79	25,3
	Hilfskraft, Privatangestellte/r	35	11,2
	Tätigkeit im Handwerk	34	10,9
	Dienstleistungsgewerbe	26	8,3
	Hotelbetrieb und Gaststättengewerbe	24	7,7
	Groß- und Einzelhandel	18	5,8
	Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student	15	4,8
	Beruf im Kraftfahrzeugbereich	14	4,5
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	11	3,5
	Nahrungsmittelverarbeitung und verwandte Berufe	9	2,9
	Straßenhändler, Kleinselbständiger	8	2,6
	Baugewerbe, außen, incl. Tief- und Straßenbau	7	2,2
	Tätigkeit in der Industrie, Fabrik	6	1,9
	Transport, Touristik und Verkehr	5	1,6
	Informationstechnik	4	1,3
	Künstlerischer Beruf, Dekoration, Mode	3	1,0
	Öffentlicher Dienst, Parteien, Kirche	3	1,0
	Baugewerbe, innen, Innenausbau, Renovierung	2	0,6
	Elektro- und Fernmeldewesen	2	0,6
	Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Hilfswerke	2	0,6
	Führungskräfte, leitende Verwaltungsbedienstete, Unternehmer	1	0,3
	Lehrberufe	1	0,3
	Medizinisch-, pharmazeutisch-, chemische Berufe, Labortätigkeit	1	0,3
Pflege, Pädagogik und Gesundheitswesen	1	0,3	
Versand (auch Post), Verpackung, Lagerarbeit, Lagerverwaltung	1	0,3	
Tunesien	312	100,0	

Quelle: BAMF, Referat 433 vom 23.01.2012, Az.: 433-5830-11/12: Die Angaben stammen aus Auswertungen der „SoKo“ im Auswertungszeitraum 2011

Fazit

Die Zugänge zu Tunesien blieben bisher insgesamt hinter den Erwartungen zurück und sollten in Anbetracht der aktuellen Situation im Land zunächst auch nicht weiter steigen.

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Referat 412

Analyse islamischer Herkunftsländer

Tel.: 0911-943-7201

Fax: 0911-943-7299

Internet: www.bamf.de

Stand: Januar 2012